

IV. Zwischen Rezession und Rebellion: Streiks vor »1968«

Der rote Faden dieser Entwicklung war, dass alle Lebensäußerungen mit einem Mal rationell organisiert wurden. Es war eine soziale Revolution, aber sie fand auf eine eigentümlich störungsfreie Weise statt. Der durchaus vorhandene Widerstand blieb oft im Verborgenen und Unausgesprochenen, oder er erschien verschoben in Bezug auf das, worum es sich handelte.

Nils Ole Finneemann, I Broderskabets Aand, 1985

Das Band frisst Menschen, und es spuckt Autos aus.

Günter Wallraff, Industriereportagen, 1964

1. Betriebsnahe Tarifpolitik und wilde Streiks in der Bundesrepublik

Im Oktober 1963 endete die Ära Adenauer und Ludwig Erhard wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP zum Bundeskanzler gewählt. Doch obwohl nunmehr die Personifikation des wirtschaftlichen Erfolgs die Regierungsgeschäfte führte, verlor die neoliberale Wirtschaftspolitik zunehmend an Überzeugungskraft. Zwar erreichte das Wachstum des Sozialproduktes 1964/65 noch einmal Rekordmarken, aber zugleich wollte das Unbehagen über die bereits am Anfang des vorigen Kapitels thematisierten Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht verschwinden.¹ Erhards Maßhalteappelle wirkten hilflos, zumal es ganz offensichtlich zugleich an Instrumenten fehlte, mit denen die Ratschläge des Sachverständigenrates in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden konnten.

Dass selbst Unternehmerverbände und Politiker der Regierungsparteien die mangelnde wirtschaftspolitische Initiative Erhards rügten, hatte zwei Gründe: Einerseits sanken angesichts einer zunehmend kapitalintensiven Produktion bereits seit Beginn des Jahrzehntes sowohl die Gewinnmargen als auch die Ausnutzung der industriellen Kapazitäten.² Die Verschuldung der Unternehmen bei den Banken wuchs, was die Vorstellung von der »freien Konkurrenz« immer unrealistischer erscheinen ließ. Andererseits waren angesichts

1 Abelshausen, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 296.

2 Mandel, *Wirtschaftskrise*, S. 10.

der Arbeitsmarktsituation die Möglichkeiten begrenzt, eine erhöhte Selbstfinanzierung der Unternehmen durch die Zurückdrängung der sozialen Ansprüche der Beschäftigten zu erreichen. Auch die Unterschichtung des Arbeitsmarktes durch »Gastarbeiter« – ihre Zahl stieg bis 1965 auf über eine Million – änderte daran nichts: Infolge der Vollbeschäftigung stiegen die durchschnittlichen Bruttoverdienste in der Industrie bis 1965 weiter an.³

Erst nachdem 1966/67 der gleichzeitige Rückgang der Investitionstätigkeit des Staates und der Privatwirtschaft sowie eine restriktive Geldpolitik eine Abschwächung des Wachstums und schließlich eine Rezession auslösten, änderten sich die Kräfteverhältnisse, wobei zunächst »Gastarbeiter« und Frauen als »Arbeitskraftreserve« und schließlich auch die Kernbelegschaften von dem einsetzenden Arbeitsplatzabbau betroffen waren.⁴ Mit der Flaute spitzte sich die Kritik an der Wirtschaftspolitik Erhards zu. Ende 1966, nach einer Bundestagswahl, bei der die SPD bereits fast 40 Prozent der Stimmen und damit fast 10 Prozent mehr als noch 1957 auf sich vereinigen konnte, und nach einer Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, in der die SPD erstmals seit langer Zeit die CDU als Regierungspartei ablöste, endete die Episode der Erhard-Regierung nach nur dreijähriger Amtszeit.⁵ Die daraufhin gebildete Große Koalition stellte sich zuvörderst die Aufgabe, die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik zu modernisieren. Mit dem »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 10. Mai 1967 institutionalisierte sie erstmals eine »nachfrageorientierte« Politik, innerhalb der die »konzertierte Planung« der Einkommensentwicklung eine ähnliche Rolle spielte wie in einer Reihe anderer westlicher Staaten, mit der *Helbedslosning* in Dänemark als Muster.⁶ Die Krise der neoliberalen Wirtschaftspolitik und das Aufkommen sowie die Durchsetzung »nachfrageorientierter« Positionen war dabei wie auch in Dänemark unter anderem ein Versuch, die »Lohndrift« in den Griff zu bekommen.

Wilde Streiks als »zweite Lohnpolitik«

In den beiden Jahren, bevor die Rezession einsetzte, waren die offiziellen, tariflichen Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik nahezu vollständig von der

3 Mandel, *Wirtschaftskrise*, S. 24.

4 Ebd., S. 22f.: So verschwanden ungefähr eine Mio. Arbeitsplätze.

5 Vgl. Rudolph, »Jahrzehnt der Volksparteien«, S. 490f.

6 Vgl. Stapelfeldt, *Wirtschaft*, S. 312f.

Bildfläche verschwunden.⁷ Die registrierte Zahl der insgesamt an Streiks Beteiligten sank 1964/65 auf den mit Abstand niedrigsten Stand zwischen 1930 und 1980. Seit 1957 waren die registrierten Arbeitskämpfe in Bezug auf alle Dimensionen der Streikstatistik stetig zurückgegangen.⁸ Nach 1965 stieg dann zunächst die Anzahl aller Arbeitsniederlegungen auf ein Niveau, das jenes seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre überstieg. Ebenso stieg die gesamte Zahl der bestreikten Betriebe und der Beteiligten. Beides hatte seinen Grund im Anstieg der wilden Streiks. Während das in Ausfalltagen gemessene Volumen sämtlicher Streiks noch bis Ende der 1960er Jahre zurückging, begann das Ausmaß der »inoffiziellen« Streiks bereits seit Mitte der 1960er Jahre zu steigen. Dass der Anteil der nicht von den Gewerkschaften organisierten Arbeitsniederlegungen in den 1960er Jahren stark an Bedeutung gewann, verweist auf die Relevanz der damit verbundenen Arbeitskampfformen in der bundesdeutschen Streikgeschichte dieses Jahrzehntes.

Tabelle 6. *Wilde Streiks und ihr Anteil an sämtlichen Streiks, 1957–1968*

Jahr	Fälle	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
1957–1960	83/ 57,6%	94/ 5,5%	48.636/ 5,5%	87.092/ 2,6%
1961–1964	73/ 60,3%	112/ 18,9%	62.183/ 27,4%	31.779/ 2,2%
1965–1968	156/ 85,7%	556/ 38,3%	429.759/ 81,7%	149.036/ 25,3%

Die »inoffiziellen« Arbeitskämpfe wurden zeitgenössisch als Ausdruck des Widerstandes gegen den Versuch wahrgenommen, die Rezession zur Kürzung übertariflicher Leistungen zu nutzen. Ein Blick auf die Statistik zeigt jedoch, dass der Anteil der »inoffiziellen« Kurzstreiks bereits vor dem Einsetzen der Rezession eine steigende Tendenz aufwies, das heißt, dass die Modifikation des Verhältnisses zwischen lokalen und legalen Streiks sich 1966/67 lediglich *deutlicher ausprägte* als zuvor.

Ich werde dies hier anhand der Streikgeschichte des Metallsektors darstellen, was deshalb sinnvoll ist, weil nicht weniger als 137 der 156 im Zeitraum von 1965 bis 1968 von Spode erfassten wilden Streiks im Organisationsbereich der IG Metall stattgefunden haben.⁹ Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass die größte bundesdeutsche Einzelgewerkschaft ihre »betriebsnahe Tarif-

7 Bei einem Bruchteil von Beschäftigten wurde in Dänemark im gleichen Zeitraum fast die doppelte Menge an »Fällen« registriert: Mitchell, *Historical Statistics*, S. 186f.

8 Vgl. Spode u.a., *Statistik*, S. 354, 395, auch für die folgende Tabelle. Die Anteile der wilden Streiks sind von mir berechnet. Zum Zusammenhang zwischen Hochkonjunktur und Kurzstreiks vgl. auch: Kalbitz, *Arbeitskämpfe*, S. 192.

9 Vgl. Spode u.a., *Statistik*, S. 394f.

politik« fortsetzte. In einem gewissen Kontrast zur »Feuerwehrpolitik«, die im letzten Kapitel anhand des Streiks bei Deere-Lanz geschildert wurde, kam es nach 1960 zu einer Systematisierung: Die so genannte Ford-Aktion war um 1964 das Muster einer Kampagne, die das Konzept der »betriebsnahen« Tarifpolitik illustrierte. In der Rezession wurde der dezentrale Ansatz dann erstmals flächendeckend praktiziert, was seine bereits in der Ford-Aktion zu beobachtende Ambivalenz sozusagen verallgemeinerte.

Aber zunächst wurde die »betriebsnahe« Politik dadurch befördert, dass es parallel zu den 1964 und 1965 ohne größere Konflikte ausgehandelten zentralen Tarifvereinbarungen erneut zu punktuellen »Verdichtungen« der wilden Streiks im Metallsektor kam. Im Februar berichtete die Zeitschrift *Metall* zum ersten Mal seit vier Jahren von einer Reihe nicht gewerkschaftlich organisierter und offenbar nicht koordinierter, aber doch mehr oder weniger gleichzeitiger Arbeitsniederlegungen in der Metall- und Stahlindustrie.¹⁰ Im Mai 1964 kam es dann wiederum zu einer Häufung der wilden Streiks.¹¹ Wie 1960 handelte es sich ausschließlich um lokale Kurzstreiks, in denen Konflikte um die Akkordsetzung bestimmter Arbeitsgänge oder um die Verschärfung der Zeitvorgaben erneut häufige Auslöser waren.¹² Die Reaktion der Gewerkschaft darauf war, ganz im Stil des geschilderten Einsatzes bei Deere-Lanz, Verständnis für die Streiks zu äußern sowie gleichzeitig die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und damit eine »Normalisierung« der Konfliktformen anzumahnen.¹³

Während die IGM die Streiks als »Abwehrkämpfe« bezeichnete, zeigen in der *Anderen Zeitung* dokumentierte Äußerungen von Streikenden, dass es häufig um die Forderung nach *zusätzlichen und übertariflichen* Leistungen ging.¹⁴ Die Darstellung als »Abwehrkämpfe« hatte jedoch den (auf Dauer allerdings etwas zweifelhaften) Vorteil, dass damit das Problem, dass die »zweite Lohnrunde« auch eine praktische Kritik an einer als unzureichend wahrgenommenen gewerkschaftlichen Tarifpolitik enthielt, nicht offen diskutiert werden musste. In Wirklichkeit hatten sich lokale, wilde Streiks 1964 längst als Handlungsoption etabliert, die unaufgeregt praktiziert wurde: Aus den Zeitungsberichten geht hervor, dass zumindest die Beschäftigten, die danach jemals gefragt wurden und Lust hatten, die Frage zu beantworten, »öffentliche« Kurzstreiks einfach als Begleiterscheinung der Hochkonjunktur betrachteten.¹⁵ Bestätigt

10 *Metall*, Nr. 4, 1964, S. 1, 4.

11 *AZ*, Nr. 21, 1964, S. 7f.

12 Dabei fällt die Kontinuität des Auftretens wilder Streiks in einzelnen Betrieben wie Deere-Lanz oder den Howaldtwerken auf: *Metall*, Nr. 4, 1964, S. 1, 4.

13 *Metall*, Nr. 9, 1964, S. 1, 2.

14 *AZ*, Nr. 21, 1964, S. 8.

15 Ebd., S. 8.

wurde diese Mentalität nicht zuletzt dadurch, dass diese »zweite Lohnrunde« außerordentlich erfolgreich war. Insbesondere die Stahlarbeiter des Ruhrgebietes verstanden es, den schieflich-friedlichen Charakter der Tarifpolitik in Nordrhein-Westfalen durch die erfolgreiche Artikulation lokaler Forderungen zu »ergänzen«. ¹⁶ Mitte 1964 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine Untersuchung, in der festgestellt wurde, dass die Differenzen zwischen Tarif- und Effektivlohn in der Stahlindustrie und der Metallverarbeitung am höchsten waren: Das bedeutet, dass die Forderung nach »zwischen tariflichen« Zuschlägen zuerst von den »starken« Gruppen durchgesetzt wurde und die Schere zwischen Hoch- und Niedriglöhnen sich dadurch zunächst weiter öffnete. Vor dem Einsetzen der sektoralen Krise betrug etwa die »Zuschläge« der Stahlwerker im Schnitt das Doppelte der entsprechenden durchschnittlichen Lohnanteile weiblicher Beschäftigter. ¹⁷ Die lokale Artikulation von Forderungen und eine »solidarische« Lohnpolitik standen zu diesem Zeitpunkt im Gegensatz zueinander; die zwei »Verdichtungen« wilder Streiks im Frühjahr 1964 unterschieden sich insofern von späteren Streikwellen, als in ihnen keine Kritik an den Lohnhierarchien nachgewiesen werden kann.

Zugleich lehnten die Arbeitgeber und ihre Verbände den Abschluss betrieblicher Tarifverträge, die eine Alternative zur unkoordinierten »zweiten Lohnrunde« gewesen wären, weiterhin strikt ab, nicht zuletzt, um bei einer sich verschlechternden Arbeitsmarktsituation die Option der Kürzung der lokalen »Sonderleistungen« zu behalten. ¹⁸ Für eine »betriebsnahe Tarifpolitik« blieben deshalb wesentlich zwei Ansatzpunkte: Eine Option war das Eingreifen in einzelne offene Arbeitskonflikte nach dem Muster der geschilderten Intervention bei Deere-Lanz. Aber 1964 fanden die Befürworter einer solchen Strategie, auf die sich die Berichte über wilde Streiks in der *Metall* durchaus positiv bezogen, noch immer schlechte Voraussetzungen vor. Nicht nur hatten die Betriebsräte häufig gar kein Interesse an einem Eingreifen der Gewerkschaft in die betrieblichen Konflikte, auch die außerordentlich kurze Dauer der Aktionen verhinderte eine »Tarifizierung« der lokalen Konflikte in aller Regel.

Schließlich waren derartige Eingriffe, wie oben am Mannheimer Beispiel geschildert, von der Existenz einer der Gewerkschaft gewogenen lokalen Arbeiterbewegungstradition abhängig. Aber gerade diese Tradition zerfiel nach 1960 immer mehr, was sich sowohl in dem Erstaunen der *Metall* darüber manifestierte, dass bis dahin »völlig unpolitische« Belegschaften »plötzlich« in einen

16 »In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der spontanen Streiks [regelmäßig] doppelt so hoch wie die der gewerkschaftlich legitimierten Konfliktfälle; kein anderes Bundesland erreicht nur annähernd derart ausnahmsvolle [sic!] Relationen [...]«: Kalbitz, *Arbeitskämpfe*, S. 60.

17 Die Untersuchung dokumentiert: *Der Gewerkschafter (DG)*, Nr. 2, 1965, S. 47.

18 AdS/D/5/IGMA, 150.373, Tarifabteilung, Stellungnahmen im *Industriekurier*.

Streik treten konnten, als auch in der Abwesenheit symbolischer Massenproteste, die wie geschildert vor 1960 noch eine Rolle gespielt hatten.

Als Alternative zur Sisyphosarbeit der Betreuung lokaler wilder Streiks lag es deshalb nahe, die »betriebsnahe Politik« in einzelnen so genannten Schwerpunktbetrieben zu entwickeln. Die Hoffnung war, das gute Beispiel der »Tarifizierung« (und der damit verbundenen Mitgliedergewinnung) möge dazu führen, dass es sowohl innerhalb der Gewerkschaft als auch in den Betrieben Schule mache. Exemplarische Erfolge sollten Werbeträger sein – innerhalb der IG Metall für die Akzeptanz einer dezentralen Arbeitspolitik, bei den betrieblichen Akteuren für die Akzeptanz eines Eingreifens der Gewerkschaft.

Die »Ford-Aktion«

Die 1960 begonnene Ford-Aktion ist das prominenteste Beispiel für einen derartigen Versuch. In ihr wurden viele Elemente einer Erneuerung und (relativen) Demokratisierung der Gewerkschaftspolitik skizziert, die erst später, nach 1969, weitere Bedeutung erlangten. Ihr Erfolg wie ihr Scheitern schaffte zudem einige der Voraussetzungen des berühmten Ford-Streikes von 1973. Grund für die Wahl von Ford zum »Schwerpunktbetrieb« war der besondere Charakter der dortigen Arbeits- und Organisationsverhältnisse. In den 1950er Jahren hatte sich die Zahl der Beschäftigten in dem Kölner Werk von 5.600 auf 26.700 gesteigert, eine auch im Rahmen der expansiven bundesdeutschen Automobilindustrie überdurchschnittliche Zahl.¹⁹ Seit Anfang der 1960er Jahre erzielte Ford in der Bundesrepublik einen wachsenden Marktanteil.²⁰ Grundlage der standortpolitischen Erfolge war ein Arrangement, das seit der Gründung der Kölner Zweigstelle im Jahre 1931 hergestellt worden war: eine Art buchstäblicher FORDismus,²¹ in dem weit überdurchschnittlich hohen Löhnen und Sonderleistungen extrem harte Arbeitsbedingungen gegenüberstanden. Hinzu kam eine ausgeprägt paternalistische betriebliche Verhandlungskultur, die sich unter anderem in der durch die von den Beschäftigten oft als willkürlich erachteten Vergabe von Leistungszulagen durch die Meister darstellte. Eine Folge dieser ambivalenten Bedingungen war, dass bei Ford-Köln Anfang der 1960er Jahre eine ausgeprägte Trennung zwischen Kern- und

19 Vgl. detailliert: Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 233.

20 Der bundesdeutsche Marktanteil war 1963 von 12,9 auf 14,4% gestiegen, wofür die Produktion um 27% erhöht werden musste, *AZ*, Nr. 24, 1964, S. 7.

21 Die Firmenleitung von Ford stellte sich vor dem Ersten Weltkrieg in den USA dieselbe Aufgabe wie im Köln der 1950er/1960er Jahre: die Integration einer stark fluktuierenden und wesentlich migrantisch geprägten ArbeiterInnenschicht.

Randbelegschaft existierte und folglich eine noch stärker ausgeprägte Fluktuation als in anderen Automobilbetrieben.²² Eine weitere Folge war, dass der Betrieb nahezu »gewerkschaftsfrei« blieb, denn zu der betrieblichen Verhandlungskultur gehörte, dass es einerseits keinen Tarifvertrag gab, andererseits der Betriebsrat seine Machtposition dadurch stärkte, dass er als »Ersatzgewerkschaft« agierte und Betriebsvereinbarungen unterschrieb, die sonst zum Gestaltungsbereich der Tarifpolitik gehörten. Die Abwesenheit der IG Metall im betrieblichen Alltag manifestierte sich im Organisationsgrad: Obwohl sämtliche (Arbeiter-)Betriebsräte Gewerkschaftsmitglieder waren, lag der Anteil der Mitglieder bei den Arbeitern lediglich bei 5 Prozent und bei den Angestellten bei 3 Prozent.²³

Innerhalb der IG Metall waren an den Beschluss, Ford-Köln zu einem »Schwerpunktbetrieb« zu machen, unterschiedliche und sich zum Teil widersprechende Erwartungen geknüpft. Die Frankfurter Zentrale (vor allem der Tarifsekretär Wöhrle) erstrebte vor allem eine »Normalisierung«, das heißt »Tarifizierung« der »wilden« Arbeitsbedingungen. In den 26.000 Ford-Beschäftigten sah man ein enormes Mitgliederpotenzial und in der Ford-Aktion vor allem eine Kampagne zur Steigerung des Organisationsgrades.²⁴ Der mit der konkreten Durchführung beauftragte Bildungssekretär Hans Matthöfer hatte weiter gefasste Vorstellungen. Bereits seit Jahren hatte er eng mit einer Reihe von Funktionären aus dem aus der SPD ausgeschlossenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zusammengearbeitet. Was er mit den SDS-Aktivisten teilte, war die Suche nach Wegen, das zu durchbrechen, was man als »Passivisierung« der Arbeiter wahrnahm.²⁵ Es ging mit anderen Worten um die Erneuerung der Bezugnahme zwischen Arbeiterschaft und sozialistischer Politik, wobei die Gruppe um Matthöfer diese Bezugnahme, anders als die traditionelle Arbeitsbewegung, als *Verhältnis* und damit nicht ausschließlich als Frage der *Mobilisierung* sah.²⁶ In Zusammenarbeit mit den Bildungsabteilungen von IG Metall und IG Chemie hatten Soziologen wie Oskar Negt, Michael Schumann oder Peter von Oertzen in diesem Kontext die didaktische Forderung formuliert, eine Alternative zu einer reinen Vermittlung von »instrumentellem« Wissen beziehungsweise von »Organisationstechnik« einerseits und

22 Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 133f.

23 Ebd., S. 131f.

24 Ebd., S. 150–154.

25 Ausgangspunkt der Zusammenarbeit war die demonstrative Teilnahme Matthöfers am Kongress des durch die Konflikte mit der SPD in seinem Fachverband bedrohten SDS am 1./2.10.1960: Ebd., S. 56f.

26 Damit stellte die Gruppe implizit einen Zusammenhang zu Strategien der »Mituntersuchung« her, die in der transnationalen Neuen Linken entwickelt wurden, vgl. Birke, »Oberfläche«.

alltagsfernen marxistischen Formeln andererseits zu entwickeln.²⁷ Es ging also um nicht weniger als um eine kleine Revolution in der Bildungsarbeit der Gewerkschaften: Das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden sollte »umgekehrt« werden, die Vermittlung von Wissen auf der Grundlage aktueller und alltäglicher Arbeitserfahrungen geschehen. Dass die Ford-Aktion vom Bildungssekretär des IGM-Vorstandes verantwortet wurde, betonte sowohl den Zusammenhang zu solchen Konzeptionen als auch den experimentellen (und damit allerdings nur eingeschränkt verbindlichen) Charakter der Kampagne.

Eine der ersten Maßnahmen der Ford-Aktion war folgerichtig eine Befragung von Beschäftigten, deren Ziel war, hinter die Fassade der »Entpolitisierung« derselben zu blicken. 1961 wurde auf der Grundlage von Interviews mit 50 in der IG Metall organisierten und 50 »unorganisierten« Arbeitern die erste so genannte »Ford-Untersuchung« erstellt. Ihr wichtigstes Resultat war, dass sich in den Antworten der Beschäftigten eine ausgeprägte Ambivalenz zwischen »Lohnzufriedenheit« einerseits und einer Unzufriedenheit mit dem »Ford-Tempo« andererseits zeigte, wobei sich das Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder in dieser Hinsicht nicht von dem der »Unorganisierten« unterschied.²⁸ Aus der Untersuchung leitete Matthöfer die Notwendigkeit ab, in den betrieblichen Publikationen der IGM Forderungen nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu betonen. Konkret wurden in der im Rahmen der Kampagne erstellten Betriebszeitung eine Änderung der »willkürlichen« Entlohnungskriterien sowie die Einführung so genannter Bandpausen propagiert. Begleitet wurde die Aktion außerdem durch weitere kreative Neuerungen. Auf ihrem Höhepunkt veröffentlichte Günter Wallraff (unter einem Pseudonym) in der Zeitschrift *Metall* eine erste auf eigenen Erfahrungen und Interviews mit Ford-Beschäftigten beruhende »Industriereportage«. Auch Wallraff propagierte die Forderung nach den »Bandpausen«:

»Das Zermürbende am Band ist das ewig Eintönige, das Nichthaltmachenkönnen, das Ausgeliefertsein. Die Zeit vergeht quälend langsam, weil sie nicht ausgefüllt ist. Sie erscheint leer, weil nichts geschieht, was mit wirklichem Leben zu tun hat. Ungefähr alle zehn Minuten ein Blick auf die Hallenuhr. Wenn wenigstens jede Stunde das Band für einige Minuten stillstände, man hätte etwas, worauf man hinarbeiten könnte. [...] Man hat mir von einem Arbeiter erzählt, der sich auf seine Art gegen das Band zu wehren wusste. Er soll am vorderen Bandabschnitt eingesetzt gewesen sein. Um eine einzige Zigarette zu rauchen, beging er Sabotage am Band. Statt seinen Pressluftbohrer an die vorgesehene immer gleiche Stelle der Karosserie zu halten, bohrte er kurz in das Band hinein, und alles stand augenblicklich still: Tausende Mark Ausfall für das Werk, für ihn drei bis fünf Minuten Pause.«²⁹

27 Vgl. zusammengefasst: Negt, *Soziologische Phantasie*.

28 Im Detail s. Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 154–174.

29 Wallraff, *Industriereportagen*, S. 11.

Die Ford-Aktion war von Organisationsmodellen inspiriert, die die US-Gewerkschaften in den dortigen Fordwerken entwickelt hatten. Die eigens für die Aktion erstellte Zeitschrift berichtete regelmäßig über Arbeitskonflikte in den USA und war nach dem Vorbild der US-Betriebszeitungen erstellt. Auch die Bedeutung, die die Ford-Aktion dem *Image* des Betriebes zusprach, wies auf das US-Vorbild hin: Umfrage wie Wallraff-Text dienten dazu, den Mythos von Ford als »attraktivstem Arbeitgeber der Region« zu zerstören. Die Gründung einer betrieblichen Tarifkommission sollte ebenso wie die Förderung einer Schicht junger Funktionäre in Konkurrenz zu dem »alteingesessenen« Betriebsrat dazu beitragen,³⁰ den Druck auf den Unternehmer zu erhöhen, einen Tarifvertrag und damit die IGM als Verhandlungspartnerin zu akzeptieren. Entsprechend bewertete die IGM-Betriebszeitung wilde Streiks, die auch bei Ford ohne Zutun der Gewerkschaft, des Betriebsrates und der Vertrauensleute stattfanden: Eine erfolgreiche Arbeitsniederlegung in der Y-Halle etwa wurde zwar keineswegs verurteilt, aber doch mit dem Kommentar versehen, dass »gründliche Abhilfe nur durch einen Tarifvertrag geschaffen« werden könne.³¹

Der Erfolg der Ford-Aktion konnte an der beeindruckenden Steigerung des Organisationsgrades abgelesen werden. Schon bis April 1963 hatte sich die Zahl der IGM-Mitglieder ungefähr vervierfacht. Während die Organisationsverhältnisse langsam normale Formen annahmen, tat Ford im Mai 1963 den überraschenden Schritt, in den Arbeitgeberverband einzutreten, das heißt die Tarifverträge der Metallindustrie zu übernehmen und damit der Ford-Aktion eine ihrer Grundlagen zu entziehen. Denn mit dem Eintritt hatte die IG Metall zwar ein weiteres Ziel der Kampagne erreicht. Gleichzeitig aber kamen die unterschiedlichen Ansprüche der gewerkschaftlichen Akteure nunmehr stärker zum Ausdruck. So bestand anders als für die Tarifabteilung im Hauptvorstand das »Exemplarische« der Ford-Aktion aus Sicht des Bildungssekretärs und seiner SDS-Kollegen vor allem darin, neue Bedürfnisse der Beschäftigten in Erfahrung zu bringen und zu veröffentlichen.

Mit den Forderungen nach einer verbindlichen Regulation der individuellen Prämien sowie nach einer »Bandpause« sollte die Kampagne zum »Vorreiter« für weitergehende, später als »qualitativ« bezeichnete Forderungen werden. Im Frühjahr 1964, parallel zu der oben erwähnten »Verdichtung« der wilden Streiks, bereitete die Matthöfer-Gruppe deshalb einen legalen Streik für diese Forderungen vor. Im Frühjahr 1964 gab Matthöfer eine infas-Untersuchung über die Streikbereitschaft der Belegschaft in Auftrag und erhielt wenig überraschend eine Bestätigung des Wunsches nach einer Verbesserung

³⁰ Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 130.

³¹ Ebd., S. 178f.

der Arbeitsbedingungen über den Tarifvertrag hinaus.³² Im Mai 1964 beschloss die betriebliche Tarifkommission, eine Urabstimmung über einen Streik einzuleiten.³³ Aber nach einigem Hin und Her, auch innerhalb der lokalen IG Metall, die einem Streik für »übertarifliche« Bedingungen mit nur wenig Vorfreude entgegensah, beschloss das Arbeitsgericht Köln am 19. Juni, alle weiteren »Kampfmaßnahmen« unter Hinweis auf die Friedenspflicht zu untersagen. Die Arbeitsbeziehungen bei Ford waren »normalisiert«, und die Ford-Aktion war am Ende.³⁴

Das Experiment der Ford-Aktion war jedoch nicht alleine an der in der IG Metall dominanten Politik, sondern auch an inneren Widersprüchen gescheitert. So war die vorgesehene »Aktivierung« der Mitglieder von vornherein eine Kopfgeburt. Zwar wurde eine Art »Mituntersuchung« praktiziert, aber diese blieb instrumentell auf die Regulierung der Arbeitsbeziehungen und die »Verankerung« der IGM im Betrieb zugeschnitten. Aus dieser Sicht war es konsequent, dass die Untersuchung der Streikbereitschaft 1964 nicht mehr den Soziologen aus dem SDS, sondern einem professionellen Meinungsforschungsinstitut übertragen wurde. Auch die Matthöfer-Gruppe dachte in Bahnen, die für die traditionelle Mentalität von Arbeiterfunktionären typisch waren: Mit Clausewitz und Gramsci galt die Ford-Aktion ihnen als Taktik in einem »Stellungskrieg«. ³⁵ Das Bild illustrierte, dass es sich eher um ein Projekt einer funktionalen Dezentralisierung als um eines der Demokratisierung handelte. Aus Sicht der selbsternannten Offiziere war es entscheidend, an den »vorgeschobenen Linien des Feindes« anzusetzen und dadurch seine (arbeitspolitische) Hegemonie anzugreifen. Da die Taktik die Definition »strategischer« Orte und Gruppen voraussetzte, definierte sie ihre Grenzen sozusagen aus sich selbst heraus: Die ersten Ansprechpartner der Ford-Aktion waren die fest und dauerhaft Beschäftigten männlichen Geschlechtes, qualifiziert oder angelernt, mit deutschem Pass.

Dass der Anteil der meist türkischen »Gastarbeiter« des Betriebes 1964 innerhalb von drei Jahren von rund 13 auf über 30 Prozent gestiegen war,³⁶ wurde zwar registriert, aber eben nicht als entscheidende Veränderung angesehen. Hans Matthöfer bemerkte 25 Jahre später, dass er angesichts der Zunahme der migrantischen Beschäftigung »mit meiner klug ausgetüftelten Strategie ge-

32 *AZ*, Nr. 24, 1964, S. 7. Der Forderungskatalog ist dokumentiert in Nr. 26, 1964, S. 7.

33 Zum Ende der Ford-Aktion s.: Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 214–226.

34 Siehe hierzu auch: Delp u.a., »Betriebspolitik bei Ford«, S. 161ff.

35 Vgl. das Vorwort von Gert Sörensen, in: Gramsci, *Fagelsesoptagelser*.

36 Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 103.

wissermaßen ein Feldherr ohne Truppen« wurde.³⁷ Die Kampagne scheiterte demnach nicht alleine an der Weigerung von Teilen der IG Metall, die Strategie Matthöfers bis zu ihrer Konsequenz des lokalen Arbeitskampfes mitzutragen, sondern auch an der Ohnmacht der beschriebenen post-militaristischen Taktik angesichts der Neuzusammensetzung der Beschäftigten. Als weithin bekannte Überlieferung aus der Ford-Aktion kann deshalb heute nicht die Matthöfer-Kampagne, sondern vor allem Günther Wallraffs Text über die moderne Fließproduktion gelten, der Anfang der 1970er Jahre dazu beitrug, dass seine »Industriereportagen« zu Bestsellern wurden.³⁸ Die Y-Halle in den Ford-Werken in Köln-Niehl, in der die Endmontage der Automobile stattfand und die im August 1973 Ausgangspunkt des wilden Streiks der Bandarbeiter wurde, hatte Wallraff bereits 1964 als eine Spielart der Hölle vorgestellt:

»Vorgesehen sind alle drei Stunden zehn Minuten Pause, wenn das Thermometer morgens um neun Uhr 25 Grad im Schatten zeigt. Das zuständige Thermometer hängt am Haupttor neben dem Direktionsgebäude, wo ständig ein frischer Wind vom Rhein her weht. Da sind 25 Grad auch bei der mörderischsten Hitze morgens nicht drin. Ich habe jetzt während der heißen Tage die Temperatur in unserem Hallenabschnitt gemessen. Wir arbeiten zwischen zwei Lacköfen. Temperatur: 38 Grad um die Mittagsstunden. Hierher dringt kein frischer Wind vom Rhein.«³⁹

Zwischen »IG Krawall« und Sozialpartnerschaft

Die Experimentierfreude und Konfliktorientierung, die die Ford-Aktion auszeichneten, lag keineswegs im Trend. Vielmehr nahm die zentrale Gewerkschaftspolitik auch der sonst gerne als »kämpferisch« bezeichneten IG Metall Mitte der 1960er Jahre immer stärker sozialpartnerschaftliche Züge an. So unterzeichneten Arbeitgeberverband und IG Metall im selben Monat, in dem sich die wilden Streiks häuften und die Ford-Aktion ihren Höhepunkt erreichte, erstmals seit 1959 wieder ein Schlichtungsabkommen. Der als Sprecher von Gesamtmetall fungierende Hanns Martin Schleyer sah in diesem Abkommen nicht zu Unrecht eine Vereinbarung über die »Rückführung des Streiks auf das allerletzte Mittel«⁴⁰. Der Vertrag der Tarifparteien erweiterte die ohnehin bereits weit gefasste Friedenspflicht: Sie galt nunmehr auch während der

37 Zit. nach Wittemann, *Ford-Aktion*, S. 232. Einzelne türkische Aktivisten machten sich die gewerkschaftliche Organisation der türkischen Arbeiter bei Ford seit ungefähr 1963 trotz des Desinteresses der Mehrheit der Funktionäre zur Aufgabe: Hunn, »Nächstes Jahr«, S. 123–125.

38 Zwischen 1970 und 1977 wurden in elf Auflagen 330.000 Exemplare des Buches gedruckt.

39 Der Text wurde zuerst in *Metall*, Nr. 10, 1964, S. 5 veröffentlicht.

40 Zit. nach *AZ*, Nr. 5, 1964, S. 7. Vgl. Schroeder, »Industrielle Beziehungen«, S. 516.

automatisch einberufenen Schlichtung. Im Gegenzug für dieses Zugeständnis verzichtete der Unternehmerverband auf noch ausstehende Ansprüche von 38 Millionen DM aus der Klage wegen der Durchführung einer »illegalen« Urabstimmung während des Schleswig-Holstein-Streiks von 1956/57.⁴¹

Die Zentralisierung der Tarifpolitik entwickelte sich anschließend weiter: Im Juli 1964 unterzeichneten IG Metall und Gesamtmetall das »Erste Erbacher Abkommen«, das eine Verlängerung des Jahresurlaubs, ein erhöhtes Urlaubsgeld und Lohnerhöhungen von 7,5 Prozent vorsah.⁴² Obwohl das Abkommen, als Konzession an den von den Unternehmern beklagten Facharbeitermangel, eine Verschiebung der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden um ein Jahr vorsah, wurde es innerhalb der IGM als »beachtlicher Teilerfolg« gewertet.⁴³ Auch der Sachverständigenrat begrüßte das Tarifwerk, da es im Rahmen der empfohlenen Lohnsteigerungen blieb. Anfang 1965 machten die IG Metall und die Arbeitgeber des Stahlsektors sodann einen weiteren Schritt in Richtung einer »einkommenspolitischen« Lohnpolitik. Nach zahlreichen Warnstreiks in den Hütten, die zum Teil fließend in wilde Streiks mit lokalen Forderungen übergingen,⁴⁴ war nach dem Scheitern der Verhandlungen Mitte Januar eine 22-tägige »Abkühlungsfrist« wirksam geworden, die allerdings die Arbeitsniederlegungen nur bedingt stoppte. Der als Schlichter eingesetzte Frankfurter Volkswirt Helmut Meinhold befand schließlich eine Lohnerhöhung von 7,5 Prozent für angemessen, da diese der »Formelk Inflation plus Produktivitätssteigerung« entsprach. Diese »Meinhold-Formel« wurde danach zur Grundlage zahlreicher tarifpolitischer Kompromisse: »Produktivitätsfortschritte« waren nunmehr das entscheidende Kriterium von Lohnerhöhungen, hinter das Vorstellungen von sozialem Ausgleich durch Umverteilung zurücktraten. Die Mitte der 1960er Jahre einsetzende Krise verfestigte dieses Arrangement.

Die »konziliante« Wende der in der zeitgenössischen Öffentlichkeit gerne als »IG Krawall« bezeichneten Metallgewerkschaft hat das Bild einer »hohen Integrationsfähigkeit« bundesdeutscher Tarifbeziehungen bis heute geprägt.⁴⁵ Hinter diesem Bild bleiben die »anderen« Arbeitskämpfe nach dem Mai 1964 weitgehend unsichtbar, zumal sie überwiegend von randständigen Gruppen des Arbeitsmarktes getragen wurden: So kam es im Juni 1964 zu einem Frauenstreik in der Kleider- und Wäschefabrik Nora in Witzzenhausen bei Göttingen, in dessen Rahmen erfolgreich um einen Tarifvertrag gekämpft

41 Markovits, *Trade Unions*, S. 200.

42 In anderen Sektoren wurden ähnliche Ergebnisse erreicht: *AZ*, Nr. 27, 1964, S. 8.

43 *AZ*, Nr. 29, 1964, S. 7. Später wurde die Verkürzung auf Juli 1967 verschoben.

44 *AZ*, Nr. 6, 1965, S. 7. Zu den wilden Streiks vgl. *AZ*, Nr. 7, 1964, S. 7.

45 Schroeder, »Industrielle Beziehungen«, S. 514.

wurde. Nach dem Streik wurde der Urlaub auf vier Wochen verlängert. Die Löhne stiegen sogar um nicht weniger als 60 Prozent, die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung wurde zumindest relativiert.⁴⁶ Ebenfalls im Sommer 1964 kam es zu einem migrantischen Streik in einem Chemiewerk in Bad Homburg bei Frankfurt, in dem wie in der Ford-Aktion die Senkung der Bandgeschwindigkeit gefordert wurde.⁴⁷ Im Frühjahr 1965 fanden dann etliche lokale Streiks der Bekleidungsarbeiter Bayerns und Westfalens statt, da die Unternehmer, weniger konzilient als in der Metallindustrie, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen rundweg abgelehnt hatten.⁴⁸ Aber all diese Streiks wurden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Erst als die Rezession einzusetzen begann, wurde auch die migrantische Beschäftigung wieder zu einem öffentlichen Streitgegenstand. Aber nunmehr stand nicht mehr die Empörung über die schlechten Arbeitsbedingungen der Migrantinnen/Migranten im Mittelpunkt, sondern der Versuch, die Unterschichtung der Arbeitsmärkte endlich zu nutzen, um den Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen. Dies wiederum führte zu Konflikten, die ihren stärksten Ausdruck im so genannten *Bild*-Streik des Frühjahrs 1966 fanden. Am 31. März hatte die *Bild-Zeitung* mit der Schlagzeile »Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter« getitelt.⁴⁹ Auf einer Tagung des Arbeitgeberverbandes, so hatte das Blatt weiter ausgeführt, sei festgestellt worden, dass die »Gastarbeiter weniger krank« seien und »sogar bereit, zwölf Stunden zu arbeiten«. Wenn »die Deutschen« mehr und länger arbeiten würden, sei der Import von Arbeitern überflüssig. Auf diese Äußerungen reagierten mindestens 6.000 Beschäftigte, mit einem Schwerpunkt in den Daimler-Benz-Werken in Untertürkheim, Sindelfingen und Mannheim, mit einem Proteststreik. In Stuttgart zogen erboste Metallarbeiter vor den Hauptsitz des Arbeitgeberverbandes, um gegen den Vorwurf des »Bummelantentums« zu protestieren. Die Aktionen richteten sich in erster Linie gegen die *Bild-Zeitung* und den Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Aber auch die im Windschatten der Krise erstarkte NPD nutzte die Gelegenheit, um im Verlaufe der Aktion ihre eigene »Arbeiterpolitik« zu formulieren. Auf den Kundgebungen der Metallarbeiter verteilte sie ein Flugblatt, das die Überschrift »Heute Kollegen – morgen Lohndrücker« trug, worauf die üblichen Tiraden gegen »die Schmarotzer« folgten.⁵⁰ Die IGM, der DGB und verschiedene betriebliche und überbetriebliche Gewerkschaftsgrup-

46 *AZ*, Nr. 23, 1964, S. 8.

47 Hildebrandt/Olle, *Ihr Kampf ist unser Kampf*, S. 10f.

48 *AZ*, Nr. 4, 1965, S. 7.

49 Vgl. AdsD/IGMA, D752/D758, Dokumentation: Die Ausländerwelle und die Gewerkschaften: *Bild-Zeitung*, 31.3.1966. Ausführlich s.: Schönwälder, *Einnwanderung*, S. 171–177.

50 Abgedruckt in: AdsD/IGMA, D752/D758, »Ausländerwelle«.

pierungen, darunter auch Vereinigungen der Migrantinnen und Migranten, reagierten mit einer eindringlichen Warnung vor dem Versuch, »deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander auszuspielen«.⁵¹ Allerdings betonte die IG Metall im gleichen Atemzug die Notwendigkeit einer »Begrenzung« der Migration und forderte unter anderem, »daß ebenso wenig wie chronisch Kranke und nachweislich Kriminelle, künftig auch keine Analphabeten mehr im Ausland angeworben werden«.⁵² Die Forderung nach »Integration« war damit auch eine nach Anpassung und Ausgrenzung. Die Perspektive der Migranten hatte innerhalb der Gewerkschaften noch immer keine Stimme.

Dass die Arbeitgeber den 1966 ungefähr 1,3 Millionen Migrantinnen und Migranten »besonderen Fleiß« attestierten, änderte im übrigen nichts daran, dass diese in der Rezession zuerst vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Darüber hinaus waren Frauen, Un- und Angelernte sowie ältere Beschäftigte überdurchschnittlich betroffen. Und zudem traf die Rezession bestimmte Regionen (etwa das Saarland) und bestimmte Branchen (so die Stahl- oder die Bekleidungsindustrie) besonders hart.⁵³ Ende 1966 wurde jedoch langsam klarer, dass auch die Kernbelegschaften mit Verschlechterungen rechnen mussten.

Konzertierte Aktion, Weißbücher und eine Streikwelle

Die Gewerkschaften legten sich in dieser Situation darauf fest, die ökonomische Politik der eben angetretenen Großen Koalition zu unterstützen. Nicht nur in »sozialpartnerschaftlich« orientierten Gewerkschaften wie der IG Bau, Steine, Erden oder der IG Bergbau und Energie wurde das »neue wirtschaftspolitische Instrumentarium« begrüßt.⁵⁴ Mit der »Konzertierten Aktion«, die im Februar 1967 erstmals tagte, verband sich auch in den linksorientierten Einzelgewerkschaften die Hoffnung, den Ausschluss von der Einflussnahme auf Parlament und Regierung endlich überwinden zu können.⁵⁵ Die ökonomischen Rahmendaten, die vom Sachverständigenrat ausgegeben wurden, wurden von den Gewerkschaften nicht selten zustimmend zitiert, zumal die »Wirtschaftsweisen« sich von der mangelnden Einbeziehung der Gewerkschaften unter der Regierung Erhard kräftig distanziert hatten.⁵⁶ Im Gegenzug war es im DGB

51 Die NPD profitierte von einem zunehmenden offenen Rassismus. Zwischen 1966 und 1969 zog sie in sieben Landtage ein: Herbert/Hunn, *Gastarbeiterpolitik*, S. 297.

52 AdSD/IGMA, D752/D758, »Ausländerwelle«.

53 Vgl. IGM, *Zweites Weißbuch*, S. 17ff.

54 Vgl. den Überblick bei Markovits, *Trade Unions*, S. 106–112.

55 Ebd., S. 110.

56 Vgl. Hardach, »Krise und Reform«, S. 210f.

weitgehend Konsens, der neuen Regierung eine Chance zu geben, indem man an der Überwindung der Rezession durch »maßvolle Lohnabschlüsse« mitwirkte. Auch wenn es etwa zwischen der enthusiastischen IG Bau und der skeptischen IG Metall in der öffentlichen Beurteilung der Chancen der Konzentrierten Aktion Unterschiede gab; in der Tarifpolitik ging es »rechten« wie »linken« Einzelgewerkschaften 1966/67 um wenig mehr als um eine »Bestandssicherung«. So verschob die IG Bau die im Tarifvertrag für das Bauhauptgewerbe vorgesehenen Lohnerhöhungen auf dem Höhepunkt der Krise im Frühjahr 1967 um zwei Monate. Für die Zeit danach akzeptierte sie einen Abschluss, der deutlich unter den Empfehlungen des Sachverständigenrates blieb.⁵⁷ Aber auch die IGM nahm in der Metallverarbeitung eine neunmonatige Nullrunde hin, die vom Oktober 1967 bis zum März 1968 galt.⁵⁸ Zwar kritisierten die Gewerkschaften einzelne Maßnahmen der Regierungspolitik, so die Mehrwertsteuererhöhung, die Kürzungen bei den Renten, die einseitige Investitionsförderung. Strategisches Ziel blieb langfristig gleichwohl eine (sozial-)politische Kompensation der lohnpolitischen Zurückhaltung nach »skandinavischem Vorbild«.⁵⁹

Vor dem Hintergrund der Einbindung der IG Metall in die »Konzertation« scheint es auf den ersten Blick durchaus ein Widerspruch zu sein, dass dieser Gewerkschaft gleichzeitig eine »aktivistische« Kampagne betrieb, die letztlich das Ziel hatte, das Auseinanderklaffen zwischen Tarif- und Effektivlöhnen einzudämmen. Um dieses Ziel zu erreichen griff die Gewerkschaft, wie man es ja bereits in der »betriebsnahen Tarifpolitik« der frühen 1960er Jahre entwickelt hatte, die Konflikte vor Ort einschließlich der im Laufe des Jahres 1967 massiv zunehmenden wilden Streiks auf. Im Sommer 1967 startete die IGM vor diesem Hintergrund erstmals eine systematische, flächendeckende Aktion gegen die betriebliche Lohnpolitik einzelner Unternehmer. Dass es dabei nicht darum ging, Gesamtmetall als Ganzes vom Verhandlungstisch zu verjagen, zeigt sich daran, dass die IGM an »vernünftige« und »faire« Unternehmer appellierte, während sie die »Willkür« einzelner schwarzer Schafe anprangerte. Dennoch hatte die Kampagne bemerkenswerte Effekte, zu der auch eine gewisse Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis gehörte. Im ersten »Weißbuch zur Unternehmermoral« der Gewerkschaft wurden Übergriffe auf Betriebsräte, willkürliche Entlassungen, körperliche Misshandlungen, Angriffe auf Kranke, Kürzungen der Akkordvorgaben und -preise, die Einstufung in niedrigere Lohngruppen, Kürzungen beim Weihnachtsgeld und so weiter dokumentiert.⁶⁰ Die

57 Markovits, *Trade Unions*, S. 358.

58 Ebd., S. 203.

59 Ebd., S. 111.

60 IGM, *Erstes Weißbuch*. Das Buch wurde am 2. Juni veröffentlicht.

Strategie, solche in den Betrieben sicherlich schon lange bekannten Phänomene an die Öffentlichkeit zu bringen, wurde häufig begrüßt und angenommen, auch wenn die Beschäftigten etwas einseitig als »Opfer« erschienen. Nur vier Monate nach dem ersten erschien das zweite »Weißbuch«, in dem sich zeigte, dass die Kampagne durchaus Anklang gefunden hatte: Viele Hinweise auf »Verstöße« kamen offenbar nunmehr direkt aus den Betrieben.⁶¹

Zumindest die »aktivistisch« orientierten Funktionäre der Gewerkschaft, zum Teil aber auch die Belegschaften selbst, sahen die Kampagne offenbar als Möglichkeit, die eigenen Forderungen zu artikulieren. Wenn im Zeitraum zwischen 1965 und 1968 im Zusammenhang mit wilden Streiks in der Bundesrepublik fast nur vom Metallsektor die Rede ist, spiegelt dies dessen herausragende Rolle wider. Bei den offenen Arbeitskonflikten im Metallbereich handelte es sich fast ausschließlich um lokale, wilde Streiks.⁶² In ihrem Organisationsbereich wurden von 1965 bis 1968 137 wilde Streiks in 398 Betrieben mit 125.929 Ausfalltagen gezählt.⁶³ An zweiter Stelle folgte die IG Chemie mit fünf Streiks in sieben Betrieben und 1.723 Ausfalltagen. Daran, dass die absolute Zahl der wilden Streiks geradezu sprunghaft anstieg, hatte der Organisationsbereich der IG Metall den Löwenanteil: 1966 verdoppelte sich ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr, und 1967 verdreifachte sie sich sogar.⁶⁴

Ein Teil des statistischen Effektes war allerdings durch die Taktik der *Sichtbarmachung* produziert worden, wie sie sich in den beiden »Weißbüchern« darstellte. Dass für die IG Metall die Vermittlung zwischen Tarifpolitik und lokaler Arbeitspolitik ein besonderes Problem darstellte, hatte, wie erwähnt, auch damit zu tun, dass die Unterschiede zwischen Tarif- und Effektivlöhnen im Organisationsbereich dieser Gewerkschaft besonders krass waren: In der Automobilindustrie lagen die Effektivlöhne Mitte der 1960er Jahre im Schnitt um 68 Prozent, im Maschinenbau um 57 Prozent und in der elektrotechnischen Industrie immerhin noch um 47 Prozent über den zwischen den Tarifparteien vereinbarten Margen. Dagegen lagen die Löhne etwa der Bauarbeiter durchschnittlich nur 6,8 Prozent über dem Tarif.⁶⁵ Auch aus diesem Grunde begann die IG Metall als erste und einzige bundesdeutsche Gewerkschaft 1967 mit einer systematischen Erfassung »irregulärer« betrieblicher Konflikte. Die Ergebnisse der Befragung machten einerseits das Ausmaß

61 Die Unternehmer reagierten mit einer »Gegenbroschüre« namens »Moment«. Damit stützten sie unfreiwillig die Strategie der IGM, die Situation in den Betrieben öffentlich zu debattieren: IG Metall, *Zweites Weißbuch*, S. 8f.

62 Vgl. Spode u.a., *Statistik*, S. 387.

63 Ebd., S. 394.

64 Kalbitz, *Arbeitskämpfe*, S. 201.

65 Vgl. Markovits, *Trade Unions*, S. 349.

der Konflikte, andererseits den Grad der Entfremdung der IG Metall von den betrieblichen Aktionen deutlich. Letztere zeigte sich etwa daran, dass die Motive der 300.000 »Metaller«, die 1966/67 in überwiegend sehr kurze Streiks mit einer Dauer von zwischen 15 Minuten und 32 Stunden getreten waren, der Gewerkschaft im Rahmen ihrer Erhebungen überwiegend unklar blieben.⁶⁶ Die Politik der »Weißbücher« muss auch als Reaktion auf diese Beobachtung gewertet werden.

Die IG Metall legitimierte ihre Kampagne unter anderem damit, dass es sich bei den Streiks um »Abwehrkämpfe« handelte, die sich gegen die »Willkür« der Unternehmer richteten. Wirft man einen genaueren Blick auf die Streikwelle von 1966/67, dann zeigt sich allerdings, dass gerade die Kämpfe, die die meiste öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen und damit bis zu einem gewissen Grade als beispielhaft und verallgemeinernd wirkten, in Betrieben stattfanden, die von der Rezession weniger als andere betroffen waren. Dies galt bereits für den ersten bundesweit beachteten Konflikt, der die Zunahme der wilden Streiks im Metallsektor einläutete:⁶⁷ Im November 1966 hatte die Geschäftsleitung der Offenbacher Druckmaschinenfabrik Faber & Schleicher in einem »10-Punkte-Programm« trotz guter wirtschaftlicher Lage die Streichung von Sozialleistungen annonciert, unter anderem den Abbau eines Akkordzuschlages. Auslöser des darauf einsetzenden wilden Streiks war daneben die Forderung nach der Entlassung zweier autoritärer Vorgesetzter. Der Ausstand endete erst nach fast einer Woche mit der Rücknahme des »10-Punkte-Programms« sowie mit der Beurlaubung eines der beiden Kritisierten. Obwohl weder die geforderte Entlassung des Personalchefs noch die Bezahlung der Streikzeit durchgesetzt werden konnte, erreichten die Streikenden damit weit aus mehr als lediglich eine Begrenzung und Regulierung des Abbaus, wie sie die Krisenpolitik der IGM anstrebte.⁶⁸ Grundlage dafür war auch, dass es sich bei Faber und Schleicher überhaupt nicht um einen wirklichen »Krisenbetrieb« handelte und die Konflikte insofern viel eher im Kontext des Kampfes um die »Poren der Arbeitszeit« gesehen werden müssen, der seit den frühen 1960er Jahre praktisch ständig auf der Tagesordnung gestanden hatte.

Als zum Jahreswechsel 1966/67 die Versuche der Unternehmer anhielten, die Arbeitsbedingungen auch dort zu verschlechtern, wo es nachweislich keine oder nur geringe Umsatzeinbrüche gegeben hatte, verlor die These von der

66 Bei zwei Dritteln der Streikenden konnten die für die Erfassung zuständigen Sekretäre keine klaren Angaben über deren Motive machen: IGM, *Geschäftsbericht 1965–1967*, S. 132f.

67 Für das Folgende: AdsD/5/IGMA, 150.373, Mappe: Streik bei Faber & Schleicher, November 1966. Zusammenfassend auch: Steinhaus, *Streiks*, S. 33–35, sowie *Metall* Nr. 24, 1966, 3. Am Beispiel der Maxhütte (Oberbayern) vgl. Süß, *Kumpel und Genossen*, S. 276.

68 AdsD/5/IGMA, 150.373, Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung.

ökonomischen Notwendigkeit der »Sparmaßnahmen« weiter an Glaubwürdigkeit. Zudem machte die gleichzeitige Anordnung von Massenentlassungen und die Neueinstellung junger, »unverbrauchter« Beschäftigter deutlich, dass bei der Restrukturierung auf die Meriten älterer Beschäftigter und männlicher, deutscher Facharbeiter keine Rücksicht genommen wurde. Die unintendierte Folge war, dass die »Sparmaßnahmen« als Angriff auf die sozialen Ansprüche *aller* Beschäftigten gesehen wurden.⁶⁹

Die Kämpfe bei Hanomag als Beispiel

Dies zeigen unter anderem die wilden Streiks in der Hanomag AG in Hannover im Frühjahr 1967.⁷⁰ Zugleich können diese Arbeitskämpfe als Beispiel dafür gelten, wie sich die Ambivalenz der Politik der IGM und der betrieblichen Interessenvertretung vor Ort darstellte. Hanomag war eine der 38 Tochtergesellschaften des montanmitbestimmten Rhestahl-Konzerns, in dessen Aufsichtsrat ein von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagener Arbeitsdirektor sowie ein Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall saßen. 1966 ging der Umsatz des Konzerns, der sich in verschiedenen Branchen engagierte, um 1,4 Prozent zurück. 1967 stagnierte er, um im wieder einsetzenden Boom 1968 bei mittlerweile wesentlich weniger Beschäftigten erneut Rekordhöhe zu erreichen. Diese Berg- und Talfahrt erlebte auch die Belegschaft des Hanomag-Werkes in Hannover, das vor dem Berliner und Hamburg-Harburger Werk mit etwa 7.500 Beschäftigten die größte Zweigstelle des Fahrzeugbauers war.⁷¹ Bereits seit Ende 1965 hatte die Belegschaft, nachdem der Betrieb noch kurz zuvor einen Umsatzrekord erzielt hatte, wegen der Verringerung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt Kurzarbeit und Entlassungen hinnehmen müssen.⁷² Bedeutete die Kurzarbeit bereits erhebliche Lohnverluste, so wurden im Laufe des Jahres 1966 weitere »Restrukturierungsmaßnahmen« aufgelegt, die zu einer erneuten Senkung der Effektivlöhne führten. Die Rückstufung in niedrigere Lohngruppen, die Kürzung übertariflicher Zuschläge bei Überstunden sowie eine Kürzung des Weihnachtsgeldes und der Akkordsätze waren von Entlassungen im Rahmen der so genannten 49er Quote begleitet, das heißt unter Vermeidung der Pflicht, mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan

69 Dies betonen Roth/Behrens, *Die »andere« Arbeiterbewegung*, S. 240f.

70 Vgl. auch für das Folgende: Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 116, 208.

71 Ebd., S. 118.

72 Ebd., S. 158.

zu verhandeln.⁷³ Der Widerstand gegen diese Unternehmenspolitik blieb zunächst sporadisch. Im Winter 1966/67 kündigte die Geschäftsleitung dann erneut die Entlassung von etwa 800 Kollegen sowie ein weiteres »Sparprogramm« an, das eine pauschale Kürzung der (übertariflichen) Effektivlöhne um bis zu 6 Prozent sowie die Streichung des Weihnachtsgeldes und einer »Treuprämie« beinhaltete.⁷⁴ Die Entlassungen betrafen vor allem ältere Kollegen, die durch Abfindungen entschädigt wurden.

Ende April 1967 hatten bereits über 400 Beschäftigte den Betrieb verlassen, gleichzeitig begann die Geschäftsleitung jedoch, Neueinstellungen jüngerer Arbeiter vorzunehmen und Überstunden anzuordnen.⁷⁵ In der Hannoveraner Presse konnte zudem von einer erheblich verbesserten Auftragslage und Gewinnsituation gelesen werden. Als die Geschäftsleitung ankündigte, die für den Sommer vorgesehenen »Sparmaßnahmen« trotz der verbesserten Auftragslage nicht zurücknehmen zu wollen, wurde deutlich, dass es sich in erster Linie um den auch anderswo beobachteten Versuch handelte, »Grauköpfe« und »Leistungsschwache« loszuwerden.⁷⁶ Am 28. April kam es deshalb zu einem ersten wilden Streik, der im Konsens der IG-Metall-Betriebsräte, Vertrauensleute und der örtlichen Verwaltungsstelle vorbereitet worden war.⁷⁷ Während des kurzen Streiks wurde eine durchdachte Arbeitsteilung praktiziert: Der Betriebsrat hielt sich mit öffentlichen Äußerungen zurück, die Vertrauensleute riefen als Kollektiv zum Streik auf. Die am stärksten organisierten Abteilungen führten mehrere Demonstrationzüge durch den Betrieb durch, die »zögerliche« Kollegen von der Teilnahme überzeugten. Um elf Uhr versammelte sich schließlich der größte Teil der Belegschaft vor dem Gebäude der Hauptverwaltung und beschloss den Streik »offiziell«. In diesem Vorgehen zeigt sich, dass es bei der Hanomag grundsätzlich eine hohe Loyalität der Belegschaft gegenüber der Politik der lokalen Gewerkschaft gab: Der Streik lief »wie am Schnürchen«, und es waren zunächst keinerlei Konflikte zwischen Gewerkschaft und der zu über 90 Prozent in der IGM organisierten Belegschaft sichtbar.⁷⁸

Der erste Kurzstreik endete nach nur wenigen Stunden, als die Direktion ihre Verhandlungsbereitschaft erklärte. In den Verhandlungen zeigte sich allerdings, dass es der Firmenleitung vor allem darum ging, die geplanten Kür-

73 Die Zeitschrift *Arbeiterpolitik* berichtete, dass bis zum Frühjahr 1967 auf diese Weise ungefähr 1.100 Arbeitsplätze verloren gingen, *ARPO*, Nr. 4, 1967, S. 8.

74 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 165.

75 AdsD/5/IGMA, 582015, Mitteilungen für die Beschäftigten der Hanomag AG, Mai 1967.

76 Vgl. das Dokument über den »Ilo-Streik« in: Schulenburg (Hg.), *Das Leben ändern*, S. 92–95.

77 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 178–180, auch im Folgenden.

78 Vgl. den Bericht von Heinz Brandt in: *Metall*, Nr. 10, 1967, S. 5.

zungen von rund 4,5 Millionen DM als »betriebswirtschaftliche Notwendigkeit« zu legitimieren. Am 2. Mai reiste außerdem der Arbeitsdirektor des Konzerns nach Hannover, um dem Betriebsrat mitzuteilen, dass er selbst sogar Kürzungen von 5 bis 6 Millionen DM für notwendig halte.⁷⁹ Beide, Direktion und Direktor, forderten die Belegschaft zu einer »konstruktiven« Mitarbeit an den »unvermeidlichen Sparmaßnahmen« auf. Zugleich wurden die Vertrauensleute der IG Metall, die den Streik entscheidend getragen hatten und die als weniger kompromissbereit galten als die Mehrheit des Betriebsrats, aus den Verhandlungen ausgeschlossen. Am Ende bot der Arbeitsdirektor an, dass die Lohnkürzung halbiert und gleichzeitig die leitenden Angestellten durch die Einschränkung des Weihnachtsgeldes einen eigenen Beitrag zur »Sanierung« leisten würden. Nachdem der Betriebsrat dies mehrheitlich abgelehnt hatte, kam es am 8. Mai 1967 erneut zum Streik.

Nunmehr forcierte die Geschäftsleitung den Druck, indem sie die Belegschaft vor dem Verwaltungsgebäude mit einer Erklärung beschallen ließ, nach der jeder, der per Mikrophon zu der Versammlung sprechen würde, mit Entlassung zu rechnen habe. Gleichzeitig wurden aus der »sicheren Position« des verschlossenen Verwaltungsgebäudes Aufnahmen mit einem Teleobjektiv gemacht. Außerdem wurden Massenentlassungen und sogar die Schließung des Werkes angedroht, falls sich die Kollegen weiterhin weigerten, den Kürzungen zuzustimmen.⁸⁰ Ziel all dieser Maßnahmen war es, die Dynamik des Streiks zu brechen, indem man die Herstellung einer internen Öffentlichkeit und damit die kollektive Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Streikenden unterband. Unter solchem Druck, wohl aber auch, weil es innerhalb des Betriebsrates eine zunehmende Tendenz gab, schnell einen Kompromiss auszuhandeln, ließ die Streikbereitschaft zunächst erheblich nach. Am 12. Mai legte der Rhestahl-Vorstand erneut einen Vorschlag vor, der ungefähr dem oben skizzierten entsprach. Doch diesmal lehnte die örtliche Geschäftsleitung ab, die mittlerweile wieder ihre Chance sah, das ursprünglich vorgesehene Kürzungspaket durchzusetzen. Für den 16. Mai riefen die Vertrauensleute erneut zum Streik auf.

Die Belegschaft verließ an diesem Tag zunächst schleppend und widerwillig den Arbeitsplatz. Am Vormittag wiederholte sich sodann das bekannte Szenario vor dem Verwaltungsgebäude, diesmal jedoch war der Druck auf die Versammlung noch größer, unter anderem deshalb, weil die *Bild-Zeitung* im Vorfeld in großer Aufmachung von einem Beschluss der IG Metall berichtet

79 *ARPO*, Nr. 4, 1967, S. 9, auch im Folgenden.

80 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 203.

hatte, an die Streikenden kein Streikgeld auszahlen.⁸¹ Außerdem hatte die Geschäftsleitung den Werkschutz in einem internen, aber der IG Metall zugespielten Papier aufgefordert, Taten wie das »Beschimpfen von Arbeitswilligen« zu registrieren, damit eine Strafverfolgung mit dem Ziel von »Geldstrafen bis zu 10.000 DM oder Gefängnis bis zu zwei Jahren« eingeleitet werden könne.⁸² Die Folge derartiger Ankündigungen war, dass zunächst niemand vor der Versammlung zu sprechen wagte, zumal die damit verbundene Entlassungsdrohung weiterhin aufrechterhalten wurde. Erst nach einiger Zeit nahm ein Vertrauensmann in einer »Einzelaktion«⁸³ das Mikrophon, informierte über den unveränderten Stand der Verhandlungen und erklärte zugleich, dass die gesammelten Spendengelder ausreichen würden, um den Lohnausfall für einige Tage zu finanzieren. Damit war der Bann gebrochen, den die Geschäftsleitung über die Versammlung zu legen versucht hatte. Als dem Vertrauensmann am 17. Mai gekündigt wurde, kam es nicht nur zu heftigen Protesten der weiterhin Streikenden in Hannover, sondern auch zu Solidaritätsstreiks in den Zweigwerken in Hamburg-Harburg und Berlin.⁸⁴ Schließlich musste die Firmenleitung am 19. Mai nicht nur die Kündigung, sondern auch ihre Kürzungsvorschläge weitgehend zurücknehmen, woraufhin die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Hanomag-Streik ist nicht nur ein gutes Beispiel für den Charakter der wilden Streiks in der Streikwelle von 1966/67. Er verweist auch auf eine Tendenz, die sich bis zum Ende des Jahrzehntes noch stärker ausprägen sollte. In seinem Mittelpunkt stand neben der Frage der »übertariflichen« Leistungen die Begrenztheit der großen gewerkschaftlichen »Errungenschaft« der Montanmitbestimmung, die sich angesichts der offenen Arbeitskonflikte nun deutlich zeigte. Denn der während des Streiks heftig kritisierte Arbeitsdirektor hatte in der Tat lediglich die im Gesetz vorgesehene Rolle als Vermittler von Konzerninteressen übernommen. Für die Weiterführung des Streiks war entscheidend, dass die Belegschaftsversammlungen aufrechterhalten werden konnten. Die Geschäftsleitung beging den Fehler, durch die massiven Drohungen gegen diese Versammlungen aus einem zunächst mit wenig Begeisterung geführten Arbeitskampf einen harten Konflikt zu machen. Insbesondere die Kündigung des Vertrauensmannes trug dazu bei, dass sich eine Dynamik entfaltete, die der Geschäftsleitung keine Alternative ließ, als die Forderungen der Streikenden

81 *ARPO*, Nr. 4, 1967, S. 9: In der Öffentlichkeit war nicht unbedingt klar, dass die Gewerkschaft in einem wilden Streik ohnehin legal keine Streikgelder zahlen konnte.

82 *Metall*, Nr. 11, 1967, S. 5.

83 *ARPO*, Nr. 4, 1967, S. 9.

84 Surkemper, *Inoffizielle Streiks*, S. 221 sowie *DG*, Nr. 4, 1967, S. 223.

(mit Ausnahme der Kürzung der Jahresleistung) zu akzeptieren.⁸⁵ Viele Elemente, die sich im Hanomag-Streik zeigten, fanden sich 1967 und, unter den Bedingungen der Hochkonjunktur, nach 1969 in den wilden Streiks in monatanmitbestimmten Betrieben wieder.

Arbeitskämpfe am Vorabend des Mai 1968

Beispiele wie Hanomag bildeten sozusagen die Eckpfeiler der Streikwelle in der bundesdeutschen Metallindustrie: Ihre relativ lange Dauer und ihr erfolgreicher Abschluss sorgte für eine größere Öffentlichkeit als üblich und wirkte auf andere Belegschaften inspirierend. Mit der Zeit wurde die Tagesordnung der Streikbewegungen einheitlicher: Seit November 1967 standen jahreszeitlich bedingt Konflikte um die Kürzung der Jahresleistung, danach Auseinandersetzungen um die Eingruppierung nach dem neuen Lohnrahmentarifvertrag in Nordrhein-Westfalen im Vordergrund.⁸⁶ In der letzten Phase der Rezession ging die IG Metall dazu über, die wilden Streiks nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand zu unterstützen, sondern offen zu fördern. Insgesamt wirkte der Versuch der Unternehmer, die Einkommen unabhängig von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und den tradierten Lohnhierarchien zu kürzen, in Richtung einer Vereinheitlichung der Forderungen und einer Kooperation der unterschiedlichen »Schichten« der Belegschaften. So kam es 1966/67 zu einigen Streiks mit überwiegend migrantischer Beteiligung, in denen die Konkurrenz mit anderen Belegschaftsgruppen nicht dazu führte, dass die verschiedenen Interessen gegeneinander ausgespielt werden konnten.⁸⁷ Solche Erfahrungen prägten eine »solidarische Lohnpolitik«, die in der Streikwelle nach 1969 auch »von unten« formuliert wurde.⁸⁸

Dass sich wilde Streiks als realistische, alternative Handlungsoption darstellen konnten, hatte auch mit der Tarifpolitik zu tun. Wie erwähnt gestaltete sich diese selbst auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen »Unternehmerwillkür« zur vollkommenen Zufriedenheit der Unternehmer. Ende 1967 stellte der »Industriekurier« zufrieden fest, dass der neue Tarifvertrag im »Pilotbezirk« Nordwürttemberg/Nordbaden als »optimale Lösung« bezeichnet werden müsse. Die vereinbarte Lohnpause von neun Monaten sei »von den Arbeitge-

85 Dass es »erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gelang, übertarifliche Leistungen einzustreichen«, wie die *Welt am Sonntag* am 21.5.67 schrieb, war eine Übertreibung. Vgl. dazu *Express international*, Mai 1967, S. 8.

86 Steinhaus, *Streiks*, S. 32.

87 Vgl. etwa *Metall*, Nr. 14, 1967, S. 5.

88 Vgl. Roth/Behrens, *Die »andere« Arbeiterbewegung*, S. 240f.

bern von Anfang an erstrebt« worden.⁸⁹ Obwohl während der Tarifrunde etliche Proteststreiks gegen die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne stattgefunden hatten, die im November in Demonstrationen mit ungefähr 180.000 Teilnehmenden mündeten, akzeptierte die klare Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder schließlich diesen Abschluss.⁹⁰ Andererseits jedoch kam es außerhalb der Metallindustrie 1966/67 zu einigen, teils wilden, teils offiziellen Streiks. Bemerkenswert war hier vor allem die Kontinuität zwischen den Themen der wilden Streiks und der Tarikämpfe. So streikten etwa 6.000 Fliesenleger in Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli bis zum 30. September 1966, um eine drastische Kürzung der Akkordsätze zu verhindern.⁹¹ Im November sorgte dann ein Streik in der hessischen Gummiindustrie für Aufsehen – auch, weil es in seinem Verlauf zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikposten und der Polizei kam.⁹² Der Ausstand begann mit wilden Arbeitsniederlegungen, die sich gegen die Akkordbedingungen bei der Firma Dunlop in Fulda richteten. Die IG Chemie »legalisierte« diese Streiks und überführte deren organisierende Dynamik und deren Themen in die laufende Tarifrunde. Die 15.000 Beschäftigten, darunter überdurchschnittlich viele Migranten, erreichten immerhin Lohnerhöhungen von 4 bis 5 Prozent. Zudem unterzeichnete die CPK ein »Rationalisierungsschutz-Abkommen« für ältere Beschäftigte.⁹³

Die Rezeption der wilden Streiks blieb innerhalb der bundesdeutschen Linken 1966/67 noch randständig. Das hatte nicht alleine damit zu tun, dass diese Linke akademisch-bürgerlich geprägt war, sondern auch damit, dass die Kämpfe in Sektoren und Gegenden stattfanden, die weit abseits der Bühne lagen, auf der sich die Studentenrevolte abspielte. Von den wilden Streiks war man, soweit man sie überhaupt wahrnahm, ebenso überrascht wie die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Arbeiterbewegung galt als integriert. Warum wurde dennoch gestreikt? Die Erklärungen der 1950er Jahre griffen nicht mehr. Rädelführer wurden gesucht, aber nicht gefunden. Die KPD war verboten und hatte in den Betrieben nur noch punktuellen Einfluss.⁹⁴ Ihre illegale Parteileitung nahm das Anwachsen der wilden Streiks seit Anfang 1967 kaum wahr.⁹⁵ Aber nicht nur

89 AfsB/IGBE, Nr. 12.997, Pressearchiv: *Industriekurier*, 14.11.1967.

90 Vgl. *ARPO*, Nr. 1, 1968, S. 7.

91 Kalbitz, *Arbeitskämpfe*, S. 178f.

92 Vgl. hierzu: *Express international*, Januar 1968, S. 9 sowie *ARPO*, Nr. 1, 1968, S. 5.

93 Siehe zusammenfassend: *Gewerkschaftspost*, Nr. 11, 1967, S. 3ff.

94 BArch/SAPMO/SED, BY 1/2.855, SED-Politbüro, Berichte (KPD), Kommission für Gewerkschafts- und Sozialpolitik, 5.9.1967. In wenigen Betrieben (wie Daimler, Mannheim und Untertürkheim, AEG, Nürnberg, Opel, Rüsselsheim) hatte die KP noch AktivistInnen.

95 Im Februar 1968 berichtete die Leitung der KP an das Politbüro der SED, dass »die politische Arbeit mit den Betriebsgruppen schwach und in vielen Regionen nicht existent« sei. Auf »die

die »alte«, auch die »neue« Linke hatte ganz offensichtlich keinen Einfluss auf die Streiks des Jahres 1967. Nur selten etwa erheischte die Situation in den Betrieben die Aufmerksamkeit der rebellierenden Jugend: Gemeinsame Aktionen von Arbeiter- und Jugendbewegung blieben Ausnahmen. Am ehesten noch spielten solche Grenzüberschreitungen 1967/68 wohl in den lokalen Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen eine Rolle. Unter anderem in Kiel, Bremen, Dortmund und Bochum blockierten zeitweise Tausende von Jugendlichen den Stadtverkehr, wobei sie von einigen betrieblichen Aktivisten unterstützt wurden.⁹⁶ Doch in der Regel fielen Arbeitskämpfe und die Jugend-Proteste in der Bundesrepublik, anders als in südeuropäischen Ländern wie Frankreich und Italien, zeitlich, inhaltlich und räumlich auseinander.

Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den wilden Streiks veränderte sich angesichts der Stagnation der Mitgliederzahlen und der Rezession. Fast man diese Haltung für die Zeit zwischen 1963 und 1968 zusammen, dann kann festgestellt werden, dass sie durch den Versuch bestimmt war, einerseits die Entfremdung zwischen Apparat und Basis zu mindern und andererseits in Verhandlungen über die Wirtschaftspolitik der Regierung eingebunden zu werden. Während er schon in den geschilderten Kämpfen bei VW Wolfsburg, Deere-Lanz oder Ford-Köln eine Rolle gespielt hatte, wurde der Widerspruch dieser beiden Tendenzen unter dem Eindruck der Rezession und der Konzentrierten Aktion zugespitzt. Das Changieren der gewerkschaftlichen Politik zwischen einer Mobilisierung, Einbindung und Eindämmung der Kämpfe zeigte sich nunmehr auf allen Ebenen: im Streit zwischen Vertrauensleuten und Arbeitsdirektor bei Hanomag, im Widerspruch zwischen »konzilianter« Tarifpolitik und Kampagne gegen »Unternehmerwillkür«, – und nicht zuletzt auch in einer schwanken Haltung gegenüber der Regierungspolitik im Allgemeinen. Nachvollziehbar ist es von daher, dass Zeitgenossen vom »Doppelcharakter der Gewerkschaften« sprachen.⁹⁷ Obgleich diese Rede mitunter davon absah, dass dieser »Doppelcharakter« nicht einfach voluntaristisch aufgelöst werden konnte, sondern dem Charakter der Gewerkschaften als Vermittler von Forderungen aus Lohnarbeit durchaus entsprach: Betont werden muss, dass sich der Kampf zwischen einer auf Autonomie und Aktivismus setzenden Betriebs- und Gewerkschaftspolitik und einem Verständnis, das diese vor allem als »Ordnungsfaktor« sah, unvermindert fortsetzte. Während sich dieser Streit zunächst vor allem an der Beziehung zu den außerparlamentarischen Protesten festmachte, spitzte er sich in den Septemberstreiks

Entwicklung der Lohnbewegung« nehme man kaum Einfluss. BArch/SAPMO/SED, BY 2.884, Vorlage des ZK der KPD an Gen. Albert, 12.2.1968.

⁹⁶ Vgl. *AZ*, Nr. 1, 1968, S. 7. In Kiel und Bremen wurde die Zusammenarbeit später fortgesetzt.

⁹⁷ Darauf wiesen Buchtitel wie »Ordnungsfaktor oder Gegenmacht« hin (Schmidt, 1969).

1969 im traditionellen Kernbereich gewerkschaftlicher Organisation zu. Ford-Aktion, Weißbücher und Hanomag-Streiks müssen alles in allem zur Vorgeschichte der bundesdeutschen Variante der »europäischen Streikwelle« gerechnet werden. Bevor ich zur letzteren komme, folgt nun zunächst ein Exkurs zur Beziehung zwischen Arbeitskämpfen und APO.

APO und Gewerkschaften im Mai

Wie anhand der Zusammenarbeit der IGM/CPK und des SDS in der Ford-Aktion bereits exemplarisch geschildert, waren die Kontakte zwischen gewerkschaftlichen und studentischen Funktionären im Mai 1968 nichts Neues, sondern eine Nebenwirkung der vorsichtigen Distanzierung einiger linker Gewerkschafter vom Godesberger Programm der SPD. Foren, in denen sich diese Zusammenarbeit im Laufe des Jahrzehnts hatte weiter entwickeln können, waren die antimilitaristische Bewegung, die Proteste gegen den Vietnamkrieg und, vor allem, die Kampagne gegen die Notstandsgesetze. Im Folgenden werde ich zunächst kurz skizzieren, was sich in diesen Foren entwickelte, bevor ich auf die Kooperation zwischen APO und Gewerkschaften im Mai 1968 zu sprechen komme.⁹⁸

Bereits die antimilitaristische Bewegung der frühen 1960er Jahre hatte sich in der Bundesrepublik als »vorparlamentarisch« und »überparteilich« verstanden, in Abgrenzung gegenüber der SPD des Godesberger Programms wie gegenüber dem »real existierenden Sozialismus« im Osten. Im Mittelpunkt ihrer Agenda hatte die Ablehnung der Atomrüstung gestanden. Dabei war die Strategie der Ein-Punkt-Bewegung eine Art »Umweg« gewesen: Bei der Kritik an der Rüstungspolitik ging es um ein Thema, das angesichts der andauernden Kriegsgefahr Menschen mobilisierte und das zugleich als exemplarisch genommen werden konnte. Bis 1964 hatte die Ostermarschbewegung von Jahr zu Jahr Tausende von neuen Unterstützern gewonnen. Mit der »Kampagne für Abrüstung« (KfA) hatte sie sich zudem einen organisatorischen Überbau geschaffen, auf den sich flächendeckend Aktionsgruppen bezogen. Mitte der 1960er Jahre war die Kampagne damit nolens volens zum entscheidenden Bezugspunkt der linken, außerparlamentarischen Opposition geworden.⁹⁹

Doch dies hatte auch zur Folge, dass sie sich stärker an das »Legalitätsprinzip« band, um ihre Massenwirksamkeit nicht zu gefährden. Direkte Aktio-

⁹⁸ In der Forschung werden die hier beschriebenen Aspekte aktuell kaum berücksichtigt. Vgl. zur Historiografie Siegfried, »Weite Räume«. Zur Kritik: Birke, »Virtualität«.

⁹⁹ Vgl. u.a. Thomas, *Protest Movements*, 2003, 40.

nen, die, wie beschrieben, ein wichtiger Motor der Erneuerung der Protestformen nach 1958 waren, wurden zunehmend durch symbolische ersetzt. Die traditionellen Mittel des Protestes (Unterschriftenliste, Massendemonstration) nahmen wieder einen zentralen Platz ein. Die Dynamik der Bewegungsjunktur, die mit der neuen Jugendbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre entstand, erschütterte deshalb das Selbstverständnis der »älteren« Protest-Generation. Doch anstatt sich den Initiativen der »neuesten Linken« zu verweigern, begann die KfA, ihre Ziele und Aktionsstrategien wiederum zu erweitern und zu erneuern.¹⁰⁰ Wichtige Katalysatoren dieser Entwicklung waren die Beziehungen zwischen KfA und Gewerkschaften auf der einen sowie zwischen KfA und Studentenbewegung auf der anderen Seite.¹⁰¹ Einigkeit bestand im Koordinierungsausschuss der KfA zunächst über die Forderung nach einer Verbreiterung der antimilitaristischen Bewegung in sozialer Hinsicht. Eine Umfrage der regionalen Ausschüsse des Ostermarsches hatte 1965 gezeigt, dass unter den sie Unterstützenden etwa ein Drittel Studierende und Lehrende an Universitäten, 47 Prozent Angestellte und Beamte, aber nur 11 Prozent Arbeiterinnen und Arbeiter waren.¹⁰² Angesichts der Zusammensetzung der Bewegung entschied man sich mehrheitlich für eine Erweiterung der sozialen Basis »von außen«, vermittelt einer Kooperation mit den linken Einzelgewerkschaften; vor allem mit jenen, die als entschiedene Gegner der Notstandsgesetzgebung auftraten.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Zusammenarbeit anlässlich des Kongresses »Demokratie vor dem Notstand«, der auf Anregung der linken Studentenverbände am 30. Mai 1965 in Bonn stattfand.¹⁰³ Zwar wurde trotz der Verstärkung der Kampagne der mit einfacher Mehrheit (das heißt ohne Grundgesetzänderung) abzustimmende Teil der Notstandsgesetze vom Bundestag verabschiedet, aber nach wie vor standen die Eingriffe in die Grundrechte und insbesondere in das Koalitionsrecht zur Debatte.¹⁰⁴ Daraufhin nahmen im Oktober 1966 an einem zweiten Kongress gegen die Notstandsgesetze bereits etwa 20.000 Menschen teil. Kurz zuvor war das Kuratorium »Notstand der Demokratie« gegründet worden, zu dessen erstem Vorsitzenden der bis dahin als SDS-Vorsitzender amtierende Helmut Schauer gewählt wurde. Die Zentrale der Notstandsgegner residierte fortan in Räumen der IG Metall im Frankfurter Gewerkschaftshaus.¹⁰⁵ Die Kampagne gegen die Not-

100 Im Detail s.: Otto, *Ostermarsch*, S. 149–151.

101 Tolomelli, »*Repressiv getrennt*«, S. 155f.

102 Vgl. Thomas, *Protest Movements*, S. 40.

103 Siehe ausführlich: Schneider, *Demokratie*, S. 129.

104 Vgl. Ridder, »Neujahrsprogramm«.

105 Tolomelli, »*Repressiv getrennt*«, S. 170.

standsgesetze war zum Anlass der Erweiterung des Themenspektrums der »alten« antimilitaristischen Bewegung in der Bundesrepublik geworden. Die KfA befasste sich nun nicht mehr lediglich mit der Atomrüstung im Allgemeinen, sondern auch mit einer »inneren Militarisierung«.

Neben der KfA war der SDS zu diesem Zeitpunkt bereits für ein halbes Jahrzehnt zu einem Sammlungspunkt der Neuen Linken geworden.¹⁰⁶ Bis zu seinem Rausschmiss aus der SPD war er deren studentischer Verband gewesen. Anlass des Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD war das Insistieren der SDS-Mehrheit auf linkssozialistischen Positionen wie der Zentralität der Arbeiterklasse als politisches Subjekt und der Notwendigkeit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung des SDS spielte im Anschluss daran auch in materieller Hinsicht die Kooperation mit Teilen der Gewerkschaften.¹⁰⁷ Bis Mitte der 1960er Jahre blieb eine »gewerkschaftsorientierte« Gruppe innerhalb des SDS dominant, die die Zusammenarbeit mit IGM-, CPK- und Drupa-Funktionären nicht als Widerspruch zu ihrem Wunsch begriff, den SDS als Kristallisationspunkt der Neuen Linken zu etablieren. Dieses »doppelte« Interesse trug dazu bei, dass die Kooperation stets brüchig blieb, da die Gewerkschaften verlangten, dass Kooperationspartner ihre grundsätzlichen inhaltlichen Setzungen teilten.¹⁰⁸ Zudem blieb die Zusammenarbeit bis 1968 eine Sache der Verbandsspitzen, innerhalb der die studentischen Funktionäre zum Elitereservoir für die Gewerkschaften wurden und der Studentenverband als »nicht repräsentativ« galt. Die asymmetrische Form der Zusammenarbeit basierte damit letztlich sowohl auf der einseitigen Verfügung über Ressourcen als auch auf dem tradierten Verständnis, das innerhalb der Gewerkschaften in Bezug auf Hochschulen und Studierende vorherrschte.

In den Gewerkschaften, aber auch in der Arbeiterbewegung insgesamt, wurden Entwicklungen, die die soziale Zusammensetzung der Studierenden in den 1960er Jahren revolutionierten, nur oberflächlich wahrgenommen. Mit der Relativierung des bürgerlichen Bildungsmonopols wuchs jedoch auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Verband wie der SDS (und andere linke Studierendenverbände) eine weitaus bedeutendere Rolle an den Hochschulen spielen würde.¹⁰⁹ Dass die Studierenden dabei an unterschiedliche Formen der Aktionsorientierung anknüpften, die nicht in der traditionellen Arbeiterbewegung, sondern in den transnationalen sozialen Bewegungen entwickelt worden

106 Zur Organisationsgeschichte des SDS vgl. u.a. Fichter/Lönnendonker, *SDS*.

107 Die Darstellung folgt hier: Tolomelli, »*Repressiv getrennt*«, S. 143.

108 Ebd., S. 171–173.

109 1964 hatte sich die Zahl der Studierenden in der Bundesrepublik innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt: Thomas, *Protest Movements*, S. 54.

waren, führte deshalb auf Dauer zu einem sich verschärfenden Antagonismus gegenüber Gewerkschaften und anderen »alten« Linken, hatte aber gleichzeitig zur Folge, dass die neue Jugendbewegung eine wichtige Quelle der Inspiration werden konnte, die zumindest potenziell auch weitere soziale Sphären ergriff.

Auch in der Bundesrepublik war einer der ersten Konfliktpunkte, der in diesem Prozess in den Mittelpunkt geriet, der Widerspruch zwischen der Zunahme der Studierenden auf der einen und der mangelnden materiellen Ausstattung der Universitäten andererseits.¹¹⁰ Hinzu kam die Kritik an autoritären Lernformen und überholten Lehrinhalten. In der international vergleichenden Literatur werden diese Aspekte manchmal übersehen, weil sich die studentischen Proteste vor allem in Westberlin vor dem Hintergrund der besonderen Situation in dieser geteilten Stadt und ihrer Rolle für den Ost-West-Konflikt innerhalb sehr kurzer Zeit zu im engeren Sinne »politischen« Protesten entwickelten. Dies zeigte sich unter anderem im expliziten Bezug auf die Studierendenbewegung in den USA und ihre Aktionen gegen die politischen »Redeverbote«. Anlässlich des Versuches der Leitung der Freien Universität Berlin, Veranstaltungen mit Kritikerinnen und Kritikern des Vietnamkrieges zu verhindern, reagierten auch die Westberliner Studierenden mit der Forderung »to listen to anyone, at anytime, on any subject, and to discuss it with them«¹¹¹.

Die Forderung nach Demokratie stand in einem krassen Gegensatz zum Selbstbild der Universität als eine Art Schaufenster der liberalen Gesellschaftsordnung. In der Folge schlossen auch die Aktionsformen der Proteste an diejenigen der US-Studentenbewegung an: *Sit-ins*, *Teach-ins*, Besetzungen.¹¹² Und auch diese Formen begannen innerhalb kurzer Zeit zu eskalieren: Sie verließen den Raum der Universität und betraten die städtischen Öffentlichkeiten, in einigen Fällen in Form von Provokation und Spektakel. Innerhalb weniger Monate wurden somit aus den begrenzten Hochschulprotesten direkte Konflikte mit einer militärisch überlegenen Staatsgewalt. Vor allem in Berlin begann 1967 eine über viele Monate andauernde Konfrontation zwischen studentisch geprägten Demonstrationen und der Polizei, deren erster Eskalationspunkt die Erschießung Benno Ohnesorgs durch einen Polizisten auf einer gegen den Schahbesuch gerichteten Demonstration am 2. Juni 1967 war. Die studentischen Aktionen erweiterten sich danach zu Protesten gegen die Polizeigewalt. Am 11. April 1968 folgten die Schüsse auf Rudi Dutschke und die »Aprilunruhen«, das heißt die Versuche von Studierenden und meist jungen Menschen in der gesamten Bundesrepublik, die Auslieferung der *Bild-Zeitung*

110 Nielsen übersieht den zuerst genannten Aspekt: Nielsen, *Demokrati*, S. 127–129.

111 Thomas, *Protest Movements*, S. 56.

112 Die Geschichte der Studentenbewegung kann hier nur skizziert werden. Für eine Übersicht vgl.: Kraushaar (Hg.), *Studentenbewegung*, Bd. 1.

zu verhindern, deren Berichterstattung eine Mitverantwortung für das Attentat zugeschrieben wurde.

Schon zu diesem Zeitpunkt zeigten sich erste Reibungen zwischen KfA, SDS und Gewerkschaften, die ihre Grundlage in der vollkommen unterschiedlichen Parteinahme dieser drei Organisationen in Bezug auf den Kalten Krieg hatten. Während sich die KfA mit den Studierenden solidarisierte, wies etwa die IG Druck und Papier auf die »Gefährdung der Mitarbeiter« der Druckbetriebe Springers hin, während sie zugleich erklärte, dass die Forderung nach einer Enteignung Springers »oberflächlich« sei, da »überall dort, wo freie Meinungsäußerung herrscht, die Presse privatwirtschaftlich organisiert ist«¹¹³. Auch die IG Metall distanzierte sich, nach anfänglicher Kritik Otto Brenners an den Polizeimaßnahmen, von der »politischen Gewalt« der Demonstrationen.¹¹⁴ Gleichzeitige Versuche einer Vertiefung der Kooperation zwischen der neuen Jugendbewegung und den Belegschaften von Großbetrieben, durch die die Reduzierung auf die Kooperation der Verbandsspitzen hätte durchbrochen werden können, blieben begrenzt. Als Beispiel kann eine im März 1968 vom Kölner AStA, der örtlichen IG Metall und dem Betriebsrat von Ford in Köln organisierte »Arbeiter- und Studentenversammlung« dienen, die wie zuvor die Ford-Aktion auf die Debatte der Probleme in dem als »exemplarisch« gedachten Automobilbetrieb bezogen und reduziert blieb.¹¹⁵ Insgesamt zeigte sich auf dem Höhepunkt der neuen Jugendbewegung zugleich ihre relative Isolation.

Im Rahmen einer Studie über wilde Streiks ist es sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass diese relative Isolation keine »Einbahnstraße« war, sondern sich in allen Bereichen und somit auch in Bezug auf die Tarif- und Arbeitspolitik zeigte. Dass die Gewerkschaften und die einzelnen Belegschaften der studentischen Revolte in den bundesdeutschen Großstädten zunächst bestenfalls stauend gegenüber standen, konnte nicht ohne Auswirkungen auf eine Arbeitspolitik bleiben, in der sich nach wie vor keinerlei Zusammenhang zwischen ihren zwei Welten – der Geschichte der lokalen, wilden Streiks einerseits und der Tarifpolitik andererseits – zeigte. In der Tat ging, anders als etwa in Frankreich, während die gesellschaftliche Unruhe ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, das tarifpolitische Alltagsgeschäft in Westdeutschland wie gewohnt weiter.¹¹⁶ Im Mai 1968 unterzeichneten die Arbeitsmarktparteien der Metall-

113 Erklärung des Hauptvorstandes der Drupa, zit. nach *Express international*, Januar 1968, S. 2.

114 Nachdem er zuerst gegen die Polizeigewalt protestiert hatte, erklärte Brenner schließlich, dass die »Osterunruhen« schädlich seien, da sie als »Alibi für Notstandspläne« dienten, vgl. *Metall*, Nr. 9, 1968, S. 3. Linksgewerkschaftliche Gruppen kritisierten Springer, distanzierten sich aber von gewaltförmigen Protestformen, so z.B. Negt in *Express international*, Mai 1968, S. 9.

115 AStA Uni Köln, *Protokoll der Protestkundgebung*.

116 Dies betont: Tolomelli, »Repressiv getrennt«, S. 170ff.

verarbeitung einen neuen Tarifvertrag – ohne Urabstimmung und ohne vernehmbare betriebliche Proteste. In der Presse war man sich über die Tragweite des Vorgangs einig, zumal der französische Massenstreik zur gleichen Zeit die Schlagzeilen beherrschte. So schrieb die *Neue Rheinische Zeitung*:

»Die Ereignisse in Großbritannien und Frankreich zeigen uns, welche Schwierigkeiten anti-qualifizierte Sozialstrukturen und die daraus entstehenden Spannungen zum Schaden der Volkswirtschaft heraufbeschwören können.«¹¹⁷

Dass die Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik allem Anschein nach von den Erschütterungen frei blieben, die international zu verspüren waren, wurde in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht zuletzt auf die »moderne« Politik der »Konzertation« zurückgeführt. Bemerkenswert ist, dass der neue Tarifvertrag die Margen, die der Sachverständigenrat als »objektive« Spielräume von Lohnerhöhungen ermittelt hatte, sogar *unterschritt*. Das Abkommen bedeutete, nach Abzug der Inflation, reale Einkommensverluste. Im Gegenzug zur Bereitschaft der »Lohnzurückhaltung« sicherte sich die IG Metall wie zuvor bereits die IG Chemie Regelungen, die einen Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte vorsahen.¹¹⁸ Für den Vertrag sprach aus Sicht der IGM-Spitze, dass die Sicherung der Arbeitsplätze wegen der Rezession Vorrang habe. Angesichts von Konjunkturdaten, die bereits auf ein Ende der Flaute hinwiesen, sollte sich diese Einschätzung als folgenreicher Fehler entpuppen. Auch die für damalige Verhältnisse lange Laufzeit der Verträge verdeutlicht, dass die Gewerkschaft noch unter dem Eindruck der Krise und der eigenen »Krisenpolitik« stand: In den 15 Monaten ihrer Geltungsdauer wurden die im Frühjahr 1968 in der Metallverarbeitung und der Stahlindustrie unterzeichneten Tarifverträge von der realen Entwicklung überholt. Die Schere zwischen Löhnen und Profiten öffnete sich, und die Arbeitenden brauchten nicht lange, um zu verstehen, dass die Entwicklung nicht zu ihren Gunsten verläuft. Noch während der Laufzeit des Vertrages zeigten sich massive Risse im institutionellen Arrangement zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat.

Parallel zu der »Konzertation« in der Metalltarifrunde wurde in der ersten Maihälfte 1968 die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag angekündigt. Gleichzeitig erreichten die Proteste in Paris ihren Höhepunkt. Den Aktiven der Anti-Notstandsbebewegung war die Verbindung der eigenen Aktionen mit den Ereignissen in Frankreich bewusst. Dies zeigte sich etwa an dem »Besuch« des Sternmarsches der Anti-Notstandsbebewegung am 11. Mai, nur einen Tag nach der berühmten »Barrikadennacht« im Quartier Latin,

117 AdsD/IGMA, T 561 a, Tarifabteilung: Presspiegel, hier: *Neue Rheinische Zeitung*, 22.5.1968.

118 Der Rationalisierungsschutz für Mitarbeiter unter 55 Jahren konnte Massenentlassungen später nicht verhindern, vgl. Schiller-Dickhut, *Qualitative Tarifpolitik*, S. 93.

bei der französischen Botschaft in Bonn. Die Beziehungen zwischen den Protesten der Studierenden und der Arbeitenden zu betonen, lag angesichts des französischen Beispiels durchaus nahe. Die im Mai 1968 auch in der Bundesrepublik erhobene Forderung nach allgemeinen Proteststreiks gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze muss in diesem Kontext begriffen werden. Doch die DGB-Spitze lehnte dies, wie zehn Jahre zuvor bei den Protesten gegen die Atombewaffnung, ab.¹¹⁹

Zur Begründung wurde nicht alleine die Nähe zu einer Regierung angeführt, in der die SPD dafür Sorge trage, dass den Gesetzen die Spitze genommen würde. Einen allgemeinen Streik konnten sich die Spitzenfunktionäre des DGB zudem kaum anders vorstellen denn als Unternehmen, das mit einem sagenhaften Aufwand an Ressourcen und Propaganda verbunden sein und dessen Generalstab man selbst bilden würde. Typisch für diese Haltung war die Rede des ÖTV-Chefs Heinz Kluncker während der als Konkurrenz zum »Sternmarsch« der APO angesetzten Protestveranstaltung des DGB am 11. Mai in der Dortmunder Westfalenhalle. Kluncker entfaltete hier eine Rhetorik, die den Mythos vom »Generalstreik« ebenso bediente, wie sie dessen praktische Umsetzung in weite Ferne rückte. Seine Forderung nach einem »Generalstreik zugunsten der Verfassung« fand, wie im Protokoll der Veranstaltung vermerkt, sehr starken Beifall. Das Entscheidende war jedoch, dass sie sich gerade nicht auf die aktuelle politische Situation bezog. Die Rede verschob die soziale Bewegung auf eine zukünftige Krise der bundesdeutschen politischen Ordnung. Ein Proteststreik wurde als »letzte Möglichkeit« propagiert, die man einsetzen würde, falls die Regierung die Notstandsgesetze *anwendet*.¹²⁰ Vorschläge des Frankfurter DGB und einiger IGM-Bezirke, einen symbolischen bundesweiten »Warnstreik« gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze durchzuführen, wurden aus dieser Logik heraus verworfen.¹²¹ Eine Sitzung des DGB-Bundesvorstands am 19. Mai 1968 drohte organisationsinterne Repressionen an, falls lokale Gewerkschaftsgruppen trotz des »verbindlichen« Anti-Streik-Beschlusses Arbeitsniederlegungen ins Werk setzen würden.¹²² In

119 AdsD/IGMA, G 914, Korrespondenz Brenners zu den Notstandsgesetzen. Einen Massenstreik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze hatten sowohl DGB als auch IGM im Übrigen bereits vor 1963 ausgeschlossen: Fichter/Lönnendonker, *SDS*, S. 93ff.

120 Dieselbe Intention verfolgte eine von Otto Brenner initiierte Unterschriftenaktion, die u.a. die Professoren von Friedeburg und Adorno unterstützten. Der DGB-Vorstand verurteilte diese gleichwohl als »unabgesprochen«: AdsD/IGMA, G 914, Korrespondenz Brenner.

121 Dass DGB Landesbezirk Hessen, IG Metall in Bayern und andere Gewerkschaftsgliederungen zu einem »Generalstreik« aufgerufen hätten, ist, obwohl es in der Literatur häufiger auftaucht, aus den Quellen nicht zu belegen.

122 Zweifel an dieser Position wurden lediglich von der Drupa geäußert: AdsD/IGMA, G 564 a, DGB-Bundesvorstandssitzung, 19.5.1968, handschriftliches Protokoll.

der Folge ließ die IG Metall das von ihr seit vielen Jahren getragene »Kuratorium gegen die Notstandsgesetze« und damit zugleich die Kooperation mit KfA und SDS fallen.

Die Argumente, mit denen dieser Rückzug aus der laufenden Protestbewegung verteidigt wurde, bezogen sich direkt auf die mögliche Erosion der erreichten Verhandlungsposition gegenüber dem Staat und den Unternehmern. Gerade die von allen Einzelgewerkschaften im Grundsatz mitgetragene Konzertierte Aktion beinhaltete eine klare Entscheidung für den Verhandlungsweg. Mit den Protesten gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze wurde somit ein Konflikt aktualisiert, der im Kern die Position der Gewerkschaften gegenüber einer »Verstaatlichung« der Arbeitspolitik berührte. Die Mehrheitsposition im DGB bezog ihre Plausibilität gerade daraus, dass selbst die IG Metall mit demselben Staat, der aus der Sicht der Notstandsgegner zur »Gefahr für die Demokratie« geworden war, den ökonomischen Rahmen der Tarifpolitik auszuhandeln bereit war. Die DGB-Führung betonte, dass die Beschäftigten nicht willens seien, wegen der Notstandsgesetze den »sozialen Frieden zu riskieren«. Die Bereitschaft zum politischen Streik, so hieß es weiter, sei zudem durch die Rezession stark gesunken.¹²³ An dieser Haltung änderte sich auch nichts, als beim Vorstand der IG Metall im April und Mai zahllose Resolutionen von Orts- und Betriebsgruppen eingingen, die einen Streik gegen die Gesetze forderten.¹²⁴

Ausgerechnet im Mai 1968 wurde somit das Trennende zwischen neuer Jugendbewegung und Arbeiter(-innen)bewegung stärker artikuliert als in den Jahren zuvor. Die antiinstitutionelle Kritik der neuen Jugendbewegung traf in der Bewegungssituation frontal auf die Haltung vieler älterer Gewerkschaftsfunktionäre, die nach »Organisationsdisziplin« riefen. Der transnationale Charakter und Bezug der Jugendbewegung wurde mit der nationalstaatlichen Verankerung der bundesdeutschen Gewerkschaften konfrontiert. Insbesondere bezüglich der Aktualität der Notstandsgesetze gingen die Wahrnehmungen der in der Protestbewegung vereinigten Gruppen weit auseinander. Im SDS wurden polizeiliche Repressionen, die seit den Schüssen auf Ohnesorg und Dutschke die eigene Erfahrungswelt prägten, als »praktizierter Notstand« bezeichnet.¹²⁵ Äußerungen, die von einem Streik im »Falle eines Notstands« sprachen, erschienen vor diesem Hintergrund als Farce. Versuche der Vermittlung zwischen diesen »zwei Welten« blieben randständig, und es ist sicherlich richtig, dass die zu beobachtende Trennung im Mai 1968 ausgeprägter erschien als in

123 AdsD/IGMA, G 564 a, DGB-Bundesvorstandssitzung, 19.5.1968.

124 Vgl. AdsD/IGMA, G 954, Sammlung »Resolutionen«/Notstandsgesetze.

125 AdsD/IGMA, G 564 a: Kopie »Diskus Nr. 3, Mai 1968«, S. 2.

anderen europäischen Ländern.¹²⁶ Falsch ist allerdings, den Bruch zwischen APO und Gewerkschaften, der sich vor allem auf der Ebene der Verbandsspitzen abspielte, dahingehend zu interpretieren, dass für den Mai 1968 hierzulande *keinerlei* soziale Diffusion der Proteste beobachtet werden könne. Auch in der Bundesrepublik hatte sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden verändert, und auch hier setzten sich im Mai 1968 die Versuche fort, an die Kooperationsformen anzuknüpfen, die seit Beginn des Jahrzehntes zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen innerhalb der Protestbewegungen etabliert worden waren.

Im Mai artikulierten sich solche Versuche unter anderem in zahlreichen lokalen politischen Streiks. Ein Schwerpunkt dieser Proteststreiks war Frankfurt am Main, wo zeitweise bis zu 30 Betriebe im Ausstand waren.¹²⁷ In einer Reihe weiterer Mittel- und Großstädte fanden ebenfalls Arbeitsniederlegungen statt, und es kam zu gemeinsamen Versammlungen von Schülern, Studierenden und streikenden Belegschaften. In Bochum zogen Mitte Mai 1.300 Stahl- und Hüttenwerker, unterstützt von Schülern, aus Protest gegen die Absage an einen politischen Streik vor das Gewerkschaftshaus.¹²⁸ Am Bonner »Sternmarsch«, der mit etwa 60.000 Teilnehmern erheblich besser besucht war als die Saalveranstaltung in Dortmund, nahmen viele kritische Gewerkschafter teil. Unter anderem soll sich ein Block von 3.000 Beschäftigten von Ford-Köln gebildet haben. Während der dritten Lesung des Gesetzespaketes vom 27. bis 29. Mai erreichte die Protestwelle ihren Höhepunkt. In Frankfurt, Mannheim und München fanden lokale Demonstrationen von je über 10.000 Menschen statt, die von Arbeitsniederlegungen begleitet wurden. Auch in einer Vielzahl weiterer Städte wurden Kundgebungen organisiert. Im Vergleich zu der spektakulären Streikwelle in Frankreich blieben diese Proteste zwar marginal. Doch zugleich markierten sie den Beginn einer Kooperation zwischen studentischen und gewerkschaftlichen Basisgruppen, die bis Ende des Jahrzehntes an Bedeutung gewinnen sollte. Das unmittelbare Scheitern der Zusammenarbeit zwischen APO und Arbeiter(-innen)bewegung im deutschen Mai zu konstatieren, sollte nicht davon abhalten, die Spur dieser Versuche zu verfolgen.

126 Nielsen erklärt die »Militanz« der Ausläufer der studentischen Bewegungen in der BRD mit deren Ausschluss aus der institutionellen Politik. Die These erscheint im Lichte der heutigen bundesdeutschen Debatte um die Kontinuitäten der »68er« als zu eindimensional: Nielsen, *Demokrati*, S. 174f.

127 Diese relativ hohe Zahl kann auch darauf zurückgeführt werden, dass der Frankfurter DGB gegenüber »Warnstreiks« aufgeschlossen war. Zudem saß das »Kuratorium« in Frankfurt, was die Registrierung der Aktionen erleichterte. Eine Übersicht gibt: Steinhaus, *Streiks*, S. 40.

128 Vgl. Kozicki, *Aufbruch im Revier*, S. 29ff., auch für das Folgende.